

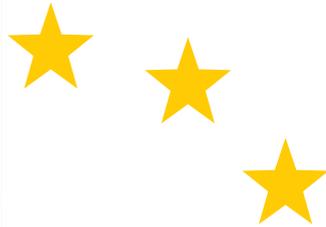


Konrad
Adenauer
Stiftung

HANS BERTRAM

DIE ZWEIVERDIENER- FAMILIE:

Ein europäischer Vergleich



Die Zweiverdiener-Familie:

Ein europäischer Vergleich

Prof. Dr. Hans Bertram

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ClimatePartner^o

klimanneutral

Druck | ID 53323-1706-1004



Urheber:
Prof. Dr. Hans Bertram

Herausgeberin:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2017, Sankt Augustin/Berlin



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln

Satz: workstation, Niederkassel

Umschlagfoto: © motorradcbr, fotolia.com

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-317-4

INHALT

5		ZUSAMMENFASSUNG <i>Christine Henry-Huthmacher</i>	
11		1. FAMILIENPOLITIK: ZEIT, GELD UND INFRASTRUKTUR	
17		2. ÖKONOMISCHE SICHERHEIT FÜR KINDER: DIE ZWEIVERDIENER-FAMILIE	
25		3. INFRASTRUKTUR FÜR KINDER: BETREUUNGSMODELLE IN EUROPA	
33		4. ZEIT FÜR KINDER: DIE FAMILIÄRE REVOLUTION	
39		5. FÜRSORGE FÜR KINDER UND RUSHHOUR FÜR ELTERN: PERSPEKTIVEN FÜR EINE ELTERNORIENTIER- TE FAMILIENPOLITIK	
		5.1 Von Anreizen zu Chancen: Die Verlierer des Zweiverdienermodells	40
		5.2 Atmende Lebensläufe und Solidarität zwischen den Partnern	43
		5.3 Infrastruktur und das Recht auf einen Betreuungsplatz ..	46
49		LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	
54		ANHANG	

Zusammenfassung

Christine Henry-Huthmacher

In den letzten Jahrzehnten hat sich in den europäischen Ländern ein Wandel in den familiären Lebensformen vollzogen. Neben den verschiedenen Lebensstilen ist der Wandel von der Einverdienerfamilie hin zur Zweiverdienerfamilie eine der größten Veränderungen. Darauf haben die Familien und die Politik in den einzelnen Ländern unterschiedlich reagiert. Die Untersuchung von Professor Hans Bertram geht der Frage nach, wie die einzelnen Länder damit umgegangen sind und welche kulturellen Muster diese Entwicklung geprägt haben. Dies wird anhand der familienpolitischen Maßnahmen von Einkommen, Infrastruktur und Zeit näher analysiert.

1. Die Zweiverdienerfamilie dient der ökonomischen Sicherheit der Kinder

In nahezu allen europäischen Ländern ist seit den 1990er Jahren ein Trend hin zur Zweiverdienerfamilie zu verzeichnen. Auch in Deutschland sind heute in 70 Prozent der Paarhaushalte mit minderjährigen Kindern beide Eltern berufstätig. Die Gründe für diese Entwicklung liegen in der wirtschaftlichen Situation der Familien, die mittlerweile zwei Einkommen benötigen, sowie in der zunehmenden Qualifikation und Erwerbstätigkeit der Mütter. Die mütterliche Erwerbstätigkeit schützt Kinder vor relativer Armut und erspart dem Staat erhebliche Ausgaben. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölke-

rungsforschung setzt sich das Familieneinkommen in Deutschland zu 50 Prozent aus dem Einkommen des Vaters, zu 25 Prozent aus dem Einkommen der Mutter und zu 25 Prozent aus staatlichen Transferleistungen zusammen. Ohne staatliche Transferleistungen wie das Kindergeld und andere staatliche Leistungen läge die relative Kinderarmut in Deutschland und anderen europäischen Ländern heute deutlich höher.

Da in fast allen europäischen Ländern Familien zwei Einkommen benötigen, wundert es nicht, dass bei Alleinerziehenden, bei denen Fürsorge und Existenzsicherung in einer Hand liegen, das Armutsrisiko relativ hoch ist und in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Mit dem Anstieg der Zahl der Alleinerziehenden ging in den letzten Jahren in Europa auch die Zunahme eines relativ großen Armutsrisikos einher. Heute wachsen in Deutschland rund 2,3 Mio. minderjährige Kinder mit nur einem Elternteil auf. Das betrifft jede fünfte Familie. Im Vergleich zu den 1970er Jahren stieg ihr relatives Armutsrisiko von 25 Prozent auf heute 40 Prozent an. In den Niederlanden gibt es eine ähnliche Zunahme von 6 Prozent auf 33 Prozent. Zwar verzeichnet Frankreich keinen so deutlichen Anstieg, doch liegt das relative Armutsrisiko bei Alleinerziehenden mit 29 Prozent fast viermal so hoch wie bei Familien mit zwei Eltern. Diese Ergebnisse lassen sich für die nordeuropäischen Länder in gleicher Weise zeigen.

2. Vier verschiedene Betreuungskulturen in Europa

Das langsame Verschwinden der gut bezahlten Industriearbeitsplätze in den meisten europäischen Ländern hat zu einer Zunahme der Zweiverdienerfamilien geführt. Durch die Erwerbstätigkeit beider Eltern fehlt Zeit für die Betreuung der Kinder. Um Familie und Beruf zu vereinbaren, haben sich in Europa nicht nur vier verschiedene europäische Betreuungskulturen entwickelt, sondern auch unterschiedliche Vorstellungen über die zeitliche Organisation der Fürsorge im Lebenslauf der Kinder.

- a) Vor allem in Dänemark bevorzugen Eltern staatliche Einrichtungen zur Betreuung ihrer Kinder, weil sie überzeugt sind, dass eine institutionelle Betreuung besonders gut für die kindliche Entwicklung ist. Daher besuchen die meisten Kinder in Dänemark nach der Elternzeit eine Kinderkrippe.

- b) Dagegen schätzen Eltern in Belgien ähnlich wie in Frankreich oder den Niederlanden die Betreuung durch Tagesmütter und entsprechende Arrangements viel positiver ein als eine institutionelle Betreuung. Die eigenen Kinder in eine Institution zu geben, entspricht in diesen Ländern nicht den kulturellen Vorstellungen von Qualität.
- c) In Südeuropa wird die optimale Betreuung der Kinder innerhalb des familiären Kontextes individuell durch Großeltern und andere Verwandte gesehen.
- d) In den meisten osteuropäischen Ländern wie Polen, Slowakei, Tschechien und überraschenderweise Finnland wird die Betreuung der Kleinkinder im Wesentlichen innerhalb der Kernfamilie geregelt. In Deutschland geben 60 Prozent der Eltern an, ihre Kinder in den ersten Jahren selbst zu betreuen. Der Ausbau des Krippenangebots, die positive Einstellung zu einer institutionellen Kinderbetreuung und die weiter steigende Müttererwerbstätigkeit werden in den nächsten Jahren zu einer stärkeren Nachfrage nach institutioneller Betreuung in Deutschland führen.

3. Zeitarrangements berufstätiger Eltern in Europa

Neben der Kinderbetreuung ist die Arbeitszeit der Eltern von großer Bedeutung für die Zeitarrangements berufstätiger Eltern. Alle europäischen Länder weisen eine geringere Arbeitszeit der Mütter gegenüber den Vätern auf. Die Arbeitszeit berufstätiger Mütter mit kleinen Kindern ist in Deutschland nicht geringer als in nordeuropäischen Ländern. Die innerfamiliäre Aufteilung zwischen Eltern erfolgt in Deutschland durch einen größeren zeitlichen Einsatz der Mütter für die Fürsorge ihrer Kinder. Sie verbringen mit 20 Stunden pro Woche doppelt so viel Zeit wie Väter mit ihren Kindern und zusätzlich 20 Stunden mit Hausarbeit.

Im europäischen Ländervergleich erreicht die zeitliche Belastung aller häuslichen Tätigkeiten in Finnland, Schweden, England und Deutschland bei Frauen im Alter zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr einen absoluten Höhepunkt mit im Durchschnitt rund 40 Stunden pro Woche, der danach wieder sinkt. Dagegen wird in Spanien, Italien und Frankreich bereits zum 30. Lebensjahr ein entsprechender Zeithöhepunkt erreicht. In Italien und Spanien fällt er noch höher aus und verändert sich bis zum 75. Lebensjahr kaum mehr. Das hängt mit einer Betreuungskultur zusammen, die auf Großmütter setzt.

Gleichzeitig ist in nordeuropäischen Ländern und in Deutschland ein Wandel der Arbeitsteilung im Haushalt zu beobachten. Das Engagement der Männer im Haushalt ist nicht nur in Finnland, Schweden, England und Deutschland deutlich gestiegen, sondern erreicht mit etwa 20 Stunden pro Woche die Hälfte der Arbeitszeit der Frauen im Haushalt. Dazu zählt sowohl das Engagement der Väter bei der Kinderbetreuung als auch die Erledigung von Dienstleistungen in den Haushalten, wie es der Anstieg der Baumärkte sichtbar macht. Dagegen bleibt die Unterstützung durch die Männer in Frankreich, Spanien und Italien mit 10 bis 15 Stunden relativ niedrig. Sie steigt in Frankreich erst an, wenn die Kinder aus dem Haus sind.

4. Perspektiven für eine elternorientierte Familienpolitik

Der Wandel der Familie hin zum Zweiverdienermodell, das verstärkte Engagement der Väter in der Familie und eine gebildete und qualifizierte Frauengeneration wird in der internationalen Forschung als eine Revolution der Basis von Familie interpretiert. Nach Ansicht der Familienforscher trägt diese Entwicklung auch zur Stabilisierung der familiären Beziehungen bei, da auf der Grundlage eines neuen Gleichgewichtes der Partner die Scheidungsraten zurückgehen und die Geburtenraten wieder steigen könnten. Dadurch entsteht ein neues Gleichgewicht zwischen den Partnern, das nicht mehr durch Rollen vorgegeben wird, sondern einen Prozess wechselseitigen Aushandelns auslöst.

Das Zweiverdienermodell wird heute in den meisten OECD-Ländern von der Mehrheit der Familien gelebt. Es hat jedoch nicht dazu beigetragen, dass es heute den Familien in Relation zu anderen gesellschaftlichen Gruppen besser geht. So stehen Familien finanziell deutlich schlechter da als zusammenlebende Paare ohne Kinder. Eine Ursache sind die von den Frauen gewählten Dienstleistungsberufe in Gesundheit, Erziehung, Soziales und öffentliche Dienstleistungen, in denen viel weniger verdient wird als in den Industriearbeitsplätzen.

Die Familienpolitik in Deutschland ist daher gefordert, Arbeitsplätze für Mütter zu schaffen, die ihnen eine eigenständige ökonomische Existenz ermöglichen. Eine Antwort auf den hohen Gender Pay Gap von Müttern mit 25 Prozent bis 27 Prozent könnte der „atmende Lebenslauf“ sein. Das bisherige Berufsmuster von Müttern: Ausbildung-Arbeit-Mutter-Teilzeit könnte durch eine Neustrukturierung des Lebenslaufs abgelöst wer-

den. In dieser Neustrukturierung würden sich die unterschiedlichen Lebensphasen von Bildung-Beruf-Fürsorge-öffentliches Engagement und Auszeiten miteinander abwechseln und die längere Lebenszeit berücksichtigen. Da die meisten Berufe mit hohem Frauenanteil in den Bereichen von Gesundheit, Erziehung wie auch der sozialen Dienstleistungen zu finden sind, ist hier vor allem die Politik in der Pflicht. Sie ist gefordert, sich mit der Zeitpolitik und dem Verdienst vor allem in den Berufen auseinanderzusetzen, in der die Mehrheit der jungen Frauen arbeitet.

In Deutschland ist der Gender Pay Gap nach Berechnung der OECD vor allem ein „Mütter Pay Gap“, da die Einkommensunterschiede zwischen Müttern auf der einen Seite und Vätern sowie Männern und Frauen ohne Kinder auf der anderen Seite besonders ausgeprägt sind. Weil die wöchentlichen Arbeitszeiten dieser Gruppen sehr unterschiedlich sind, berechnet die OECD den Pay Gap immer als Vollzeitäquivalent. In den meisten Fällen reicht das Einkommen zur eigenen Existenzsicherung. Wenn der Staat nun das Kindergeld und den Splitting-Anteil des Einkommens dem- bzw. derjenigen zurechnen würde, der bzw. die die Hauptarbeit der Fürsorgeleistung erbringt, würde sich die Differenz zum Einkommen des Partners erheblich verringern und fast zu einem Gleichstand des väterlichen und mütterlichen Einkommens führen.

Mit dem Kita-Ausbau hat Deutschland die Rahmenbedingungen für die Zweiverdienerfamilie erheblich verbessert. Der freiwillige Besuch des Kindergartens wird heute von den Eltern flächendeckend genutzt. Jedoch weicht Deutschland hinsichtlich der Zeitbelastung der Eltern in der Altersgruppe der 6- bis 14-jährigen Kinder von allen europäischen Ländern ab. Insofern stellt sich die Frage, ob Deutschland nicht den eingeschlagenen Weg konsequent weitergeht und Kinder zwischen dem 6. und 12. oder 14. Lebensjahr mit einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ausstattet. Dann könnten Eltern aus ihrer Sicht entscheiden, ob das für das einzelne Kind sinnvoll und hilfreich ist oder nicht. Ein solcher Rechtsanspruch würde die Elternrechte stärken.

1. Familienpolitik: Zeit, Geld und Infrastruktur

Der Historiker Michael Mitterauer zeigt in seinem Buch „Warum Europa?“ als Besonderheit für die westeuropäische Familie, die sich vor über 1000 Jahren in Frankreich, Deutschland, den nordeuropäischen Staaten, Österreich und der Schweiz ausgebreitet hat, dass die jungen Erwachsenen, die heiraten wollen, aus dem Elternhaus ausziehen und gemeinsam einen neuen Hausstand gründen (Mitterauer 2003). Sie sollten in der Lage sein, diesen neuen Hausstand auch ökonomisch gemeinsam zu bewirtschaften. Deswegen konnte erst dann geheiratet werden, wenn diese Voraussetzung erfüllt war. Die Fürsorge für die Kinder lag in der Verantwortung des Paares. Demgegenüber blieben in Ost- und Südeuropa die neu gegründeten Familien Teil des elterlichen Haushalts und kannten nicht unbedingt die ökonomische Selbstständigkeit; es konnte auch früher geheiratet werden und die Fürsorge für die Kinder war stärker in den Familienverbund integriert. Mitterauer hält es geradezu für eine besondere Eigenschaft der nord- und westeuropäischen Entwicklung, dass man sich bei vielen Veränderungen immer auch daran orientiert habe, was in den angrenzenden Ländern an Entwicklung zu beobachten war.

So wird heute vergessen, dass die als „traditionell“ bezeichnete familiäre Lebensform mit dem außerhäuslich erwerbstätigen Vater und der Mutter, die sich um Haushalt und Kinder kümmert, als Modell erstmals 1835 in Frankreich beschrieben und familienpolitisch bewertet wird (Donzelot 1968). Aus Sicht der französischen Akademie der Wissenschaft hatte diese Lebens-

form für den Staat den Vorteil, dass der Vater gezwungen werden konnte, die Miete und die Kosten für die Kinder zu finanzieren; aus staatlicher Sicht war das nicht nur damals die kostengünstigste Lösung zur Sicherung der Existenz von Mutter und Kind. Denn damals gab es infolge der hohen Zuwanderung, insbesondere nach Paris, sehr viele Familien, in denen sich die Mütter um die ökonomische Existenz und die Fürsorge für ihre Kinder kümmern mussten. Durchgesetzt wurde dieses Modell aber erst im Laufe des 19. Jahrhunderts, und zwar weniger aus ideologischen Gründen, sondern wegen der Kosten, aber auch durch die sich entwickelnde Industrie, die wegen der Konzentration von Kapital und Arbeit an wenigen Orten ein straffes Zeitregiment entwickeln musste, um die Industriegüterproduktion rund um die Uhr effizient im Dreischichtenbetrieb zu gewährleisten. Auch der Wohnungsbau setzte schon im 19. Jahrhundert auf die Trennung von Arbeit und Wohnen, weil Arbeit damals wirklich „Dreck und Lärm“ bedeutete.

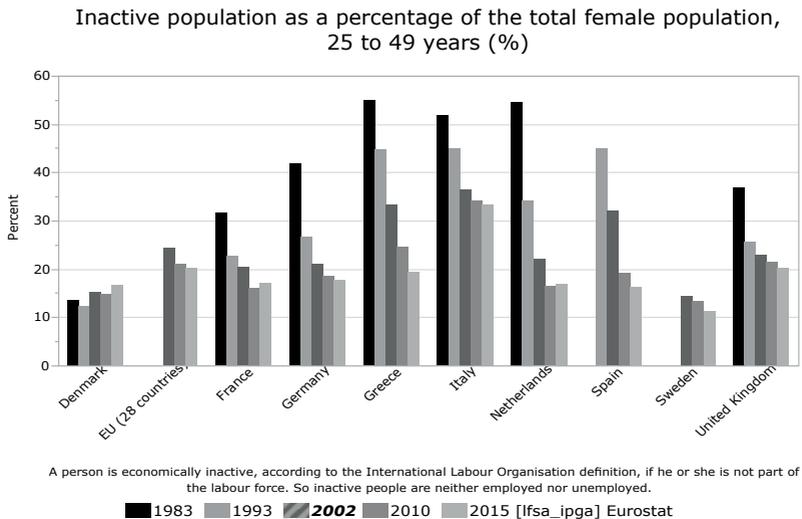
Die amerikanische Sozialwissenschaftlerin Arlie Hochschild nennt dieses Familienmodell „traditionell-warm“, weil die Gesellschaft historisch recht neu den Versuch unternahm, für die Fürsorge der Kinder eine Person, nämlich die Mutter, von der ökonomischen Existenzsicherung der Familie freizustellen, um sich nur der Fürsorge und der Haushaltsführung widmen zu können (Hochschild 1995). Denn Arbeit war damals nicht nur eine schwere körperliche Tätigkeit, sondern wurde weit bis in die bürgerlichen Kreise hinein als „Ausbeutung“ oder auch Entfremdung interpretiert. Dieses Modell der Familie setzte sich aber erst in den 1950er und 1960er Jahren in der Bundesrepublik durch, weil damals die ökonomische Basis für dieses Familienmodell bestand, denn der Lohn des Haupternährers musste für die ganze Familie reichen. Anfang der 1970er Jahre lebten etwa 70 Prozent aller Kinder in Westdeutschland in solchen Familien.

Im Laufe der 1970er und 1980er Jahre ist dieses Modell in ganz Europa weitgehend verschwunden. Das geschah aber nicht, weil die betroffenen jungen Erwachsenen ihre Arbeit nicht mehr als „Last und Pflicht“ oder gar als Entfremdung interpretierten, sondern weil die ökonomische Basis dieses Modells, nämlich gute Einkommen für Industriearbeiter, mit dem Verschwinden der industriellen Arbeitsplätze erodierte, da die neu entstehenden Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor nicht in gleicher Weise honoriert wurden wie die Arbeitsplätze in der Industrie.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Rückgangs dieses Familienmodells für ausgewählte europäische Länder seit 1983 bis 2015. So verminderte sich in Frankreich der Anteil der Hausfrauen bei den 45- bis 49-jährigen Frauen von 30 auf etwa 17 Prozent, in Deutschland von 40 auf etwa 17 Prozent, in Griechenland gar von über 50 auf 20 Prozent und in Spanien von 1998 bis 2015 von 40 auf 15 Prozent; der größte Rückgang von 55 Prozent auf 15 Prozent ist für die Niederlande festzustellen.

Abbildung 1:

Das Verschwinden der Lebensform als „NUR“ Hausfrau



In den 1970er und 1980er Jahren gab es in der Bundesrepublik heftige Debatten um dieses Hausfrauenmodell. Immer wieder wurde darauf verwiesen, dass der Anteil dieser Lebensführung in anderen Ländern, etwa Frankreich, Dänemark und Schweden, viel geringer sei und das eigene Einkommen der Frauen einen wesentlichen Aspekt der Emanzipation der Frau vom Mann darstelle. In dieser Diskussion wurde allerdings kaum bedacht, dass sich auch in der Bundesrepublik in den großen Städten, allen voran in München, aber auch in Berlin, die Frauenerwerbsquote in dieser Altersgruppe kaum von den Quoten in anderen europäischen Städten unterschied. Die höheren Quoten von Hausfrauen in jener Zeit sind wesentlich auf die altindustriellen Regionen in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und bestimmten Regionen von Niedersachsen zurückzu-

führen. Die Erwerbsquote von Nordrhein-Westfalen betrug in jener Zeit in dieser Altersgruppe von Frauen gerade 40 Prozent, während es in Bayern bereits über 60 Prozent und in München über 70 Prozent waren. Es lässt sich kaum behaupten, dass die Frauen in Essen oder Duisburg weniger emanzipiert gewesen seien als die Frauen in München oder Berlin (Bertram/Deuffhard 2014). Über die erheblichen Einkommensverluste oder die Stagnation der Einkommen wurde in der US-amerikanischen Literatur schon in den späten 1980er Jahren berichtet (Farley 1996), während das Thema in Deutschland erst in jüngerer Zeit an Bedeutung gewonnen hat.

Neben diesem ökonomischen Wandel hat in den 1980er und 1990er Jahren dann auch die zunehmende Qualifikation der jungen Frauen eine immer größere Rolle gespielt. In den 1970er Jahren hatten 50 Prozent der Mütter weder eine Berufsausbildung noch irgendeinen weiter qualifizierenden Abschluss außer der Haupt- oder Volksschule; heute ist dieser Anteil auf etwa 5 Prozent gefallen. Mütter stehen in ihrem Bildungsniveau heute tendenziell sogar besser da als Nicht-Mütter (Bertram/Deuffhard 2014). Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern ist bis heute kontinuierlich gestiegen und liegt heute auf dem Niveau der meisten nordeuropäischen Staaten. So liegt in Deutschland schon 2009 die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern, wenn das jüngste unter drei Jahren ist, mit einem Kind bei 73 Prozent, mit zwei Kindern bei 64 Prozent und mit drei Kindern bei 44 Prozent. Frankreich und Großbritannien weisen in dieser Altersgruppe weitgehend identische Zahlen auf. Finnland liegt deutlich niedriger mit 55 Prozent bei einem Kind, 58 Prozent bei zwei und 45 Prozent bei drei Kindern. In den Niederlanden mit seiner ausgeprägten Teilzeitkultur ist die Erwerbsbeteiligung der Mütter in dieser Altersgruppe viel höher als in den anderen Ländern, nämlich 87 Prozent bei einem Kind, 81 Prozent bei zwei Kindern und 68 Prozent bei drei Kindern (Eurostat 2009, eigene Berechnungen). Gegenüber den Zahlen von 2003 (Siebter Familienbericht 2005) sind das Steigerungen in Deutschland von bis zu 10 Prozent in nur sechs Jahren.

Alle immer wieder vorgetragenen Argumente und Prognosen, das Steuersystem (Splitting), ein höheres Kindergeld oder das Betreuungsgeld würden diesen Prozess verlangsamen oder negativ beeinflussen, sind angesichts der historischen Entwicklung nur als Diskussionen zu bezeichnen, die die unterschiedlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik, etwa die sehr viel frühere Integration der Mütter ins Erwerbsleben in Bayern, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder auf einen europäischen

Vergleich verzichtet haben. Diese Entwicklung führt zu der Frage, wie die einzelnen europäischen Länder einschließlich Deutschland damit umgegangen sind, dass für die Fürsorge für Kinder und für die Führung des Haushalts nicht mehr die Zeit wie im Hausfrauenmodell zur Verfügung steht.

2. Ökonomische Sicherheit für Kinder: Die Zweiverdiener-Familie

Im Wesentlichen hat der ökonomische Wandel der Beschäftigungsstruktur verbunden mit der zunehmenden Qualifikation der jungen Frauengeneration zu einer weitgehenden Integration von Frauen und Müttern in das Erwerbsleben geführt. Beim Vergleich der europäischen Länder wie Nordeuropa, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Südeuropa ist festzustellen, dass die zunehmende Integration der Mütter in das Erwerbsleben so gut wie keinen Einfluss auf das relative Armutsrisiko von Kindern gehabt hat. Denn in den 1970er Jahren, als noch ein Einkommen für fast 70 Prozent der Kinder ausreichte, weil das Hausfrauenmodell noch dominant war, war das relative Armutsrisiko von Familien mit Kindern, wenn beide Elternteile präsent waren, nicht größer als heute.

**Abbildung 2: Relative Armut von Familien mit Kindern:
Zweierdiener-Familien und Ein-Eltern-Familien**

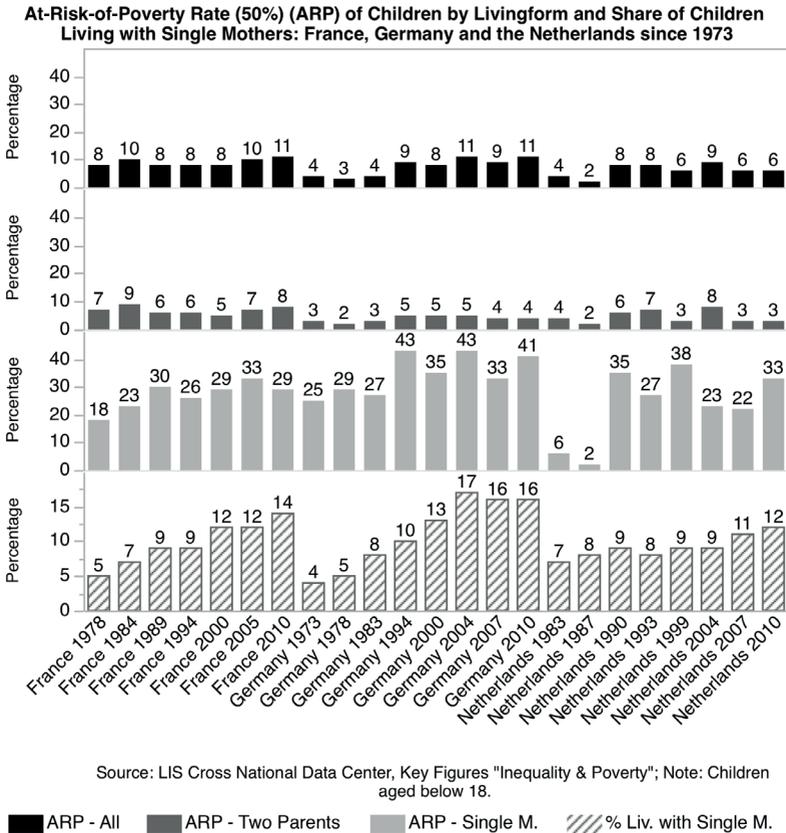


Abbildung 2 zeigt für Frankreich seit 1978, für Deutschland seit 1973 und für die Niederlande seit 1983 das relative Armutsrisiko für alle Kinder, berechnet auf der Basis der OECD-Skala mit der OECD-Definition von 50 Prozent des Medianeinkommens. In Frankreich hat sich dieses Risiko insgesamt nur unwesentlich verändert und schwankt zwischen 8 und 11 Prozent; in Deutschland hat sich das Risiko von etwa 4 Prozent auf insgesamt 11 Prozent deutlich erhöht und ist auch in den Niederlanden von 4 auf 6 Prozent deutlich gestiegen. Der Anstieg in Deutschland wie in den Niederlanden ist im Wesentlichen dadurch zu erklären, dass das relative Armutsrisiko der Alleinerziehenden deutlich gestiegen ist. In den 1970er Jahren lag das relative Armutsrisiko für alleinerziehende

hende Familien in Deutschland bei 25 Prozent, heute hingegen bei 40 Prozent. In den Niederlanden gibt es eine ähnliche Entwicklung von etwa 6 auf 33 Prozent. Frankreich hat keinen so deutlichen Anstieg, aber auch dort liegt das relative Armutsrisiko von alleinerziehenden Familien mit 29 Prozent fast viermal so hoch wie bei Familien mit zwei Eltern. Diese Ergebnisse lassen sich für die nordeuropäischen Länder in gleicher Weise zeigen (Bertram 2017). Die Entwicklung zur Zweiverdiener-Familie hatte die Konsequenz, dass Familien mit Kindern ökonomisch heute in etwa genauso dastehen wie in den 1970er Jahren, ohne dass sich in ihrer Relation zu den Paaren ohne Kinder eine wesentliche Verbesserung ergeben hat. Man braucht allerdings heute beide Einkommen, um die Familie vor relativer Armut zu bewahren. Das hat die logische Konsequenz, dass in den Familien, in denen wie bei den Alleinerziehenden die Fürsorge für Kinder und die ökonomische Existenzsicherung in einer Hand liegen, das Armutsrisiko in die Höhe geschossen ist. Die deutliche Zunahme des Armutsrisikos von Kindern ist im Wesentlichen auf den Wandel der familiären Lebensformen zurückzuführen.

Häufig wird argumentiert (ZEIT 2017), die ökonomische Situation in Deutschland habe sich so verbessert, dass die höheren Ansprüche der Eltern als wesentliche Ursache für die höhere Nachfrage nach Arbeit von Vater und Mutter anzusehen seien. Die Fehler dieser Argumentation sind gut nachzuvollziehen. Zum einen werden im historischen Vergleich die Einkommen über alle Einkommensgruppen gerechnet; dabei wird übersehen, dass junge Familien, anders als in den 1970er Jahren, als der junge Facharbeiter relativ viel Geld verdiente, heute zu der Gruppe mit einem sehr geringen verfügbaren Einkommen gehören, weil das Einkommen erst im Lebensverlauf steigt. Das war in der Industriegesellschaft anders. Zum anderen lässt diese Argumentation außer Acht, dass sich die Einkommensentwicklung nicht gleichmäßig in der Gesellschaft verteilt. Ohne staatliche Transferleistungen, wie Kindergeld und andere staatliche Leistungen, läge die relative Kinderarmut in Deutschland bei etwa 33 Prozent, ähnlich wie in Frankreich mit 37 Prozent. Auch in den nordeuropäischen Ländern sind trotz der hohen Erwerbsbeteiligung staatliche Transfereinkommen notwendig, um die relative Kinderarmut in Schweden von 29 auf 13 Prozent, in Finnland von 30 auf 11 Prozent und in Dänemark von 24 Prozent auf 11 Prozent zu reduzieren (Bertram/Deuflhard 2014:197). Diese Zahlen werden für frühere Jahrgänge selbst von der Europäischen Kommission publiziert (EU 2005). Angesichts dieser Zahlen lässt sich die These, die höhere Nachfrage nach Arbeit durch

Mütter sei eigentlich gar nicht notwendig, nicht aufrecht erhalten. Selbst in Schweden, Dänemark und Finnland mit hohen Erwerbsquoten von Müttern besteht eine ähnlich hohe relative Kinderarmut wie in Deutschland, die nur deswegen etwas niedriger ist, weil der Staat dort noch massiver mit Geldleistungen interveniert. Anders formuliert hätte Deutschland heute eine relative Kinderarmut von rund 33 Prozent, wenn sich die jungen Mütter so verhalten würden wie die Mütter in den 1960er und 1970er Jahren. Denn nach den Analysen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (Schneider et al. 2015) geht das Familieneinkommen zu etwa 50 Prozent auf das Einkommen des Mannes zurück, 25 Prozent auf staatliche Transferleistungen und etwa 25 Prozent auf die mütterliche Erwerbstätigkeit.

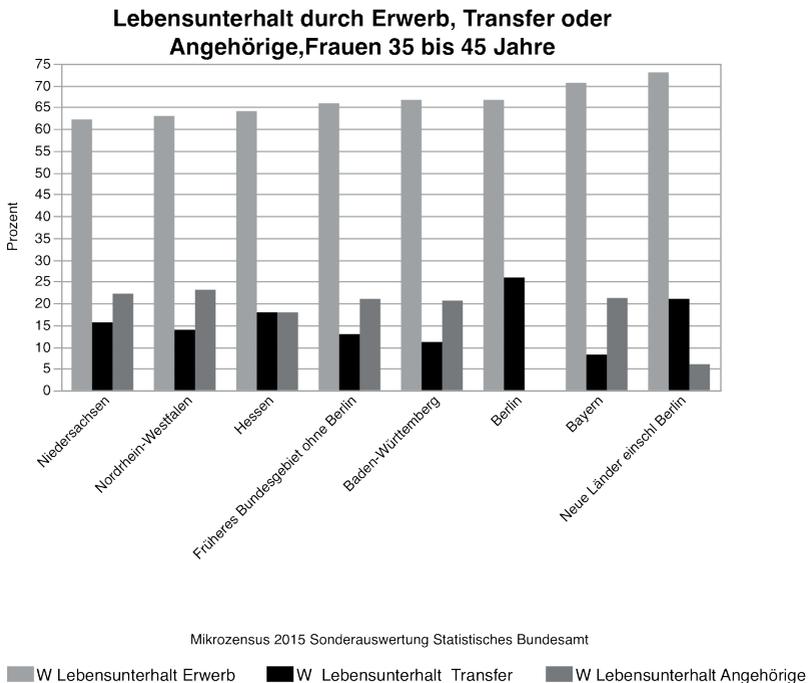
Mit der Sichtweise der französischen Akademie der Wissenschaft von 1835 ist heute nur festzustellen, dass es das Billigste für den Staat und für die Gesellschaft ist, wenn Vater und Mutter arbeiten, gemeinsam die Miete für die Wohnung bezahlen und gemeinsam für die Kinder sorgen (Donzelot 1968). Dass diese Einsicht von 1835 auch in der modernen Politik eine Rolle spielt, lässt sich an der Konstruktion der „Bedarfsgemeinschaft“ in Hartz IV sehen: Ebenso wie die Akademie der Wissenschaften von 1835 geht der moderne Wohlfahrtsstaat davon aus, dass es das Billigste für Staat und Gesellschaft ist, wenn es gelingt, zusammen lebende Personen zu verpflichten, füreinander zu sorgen, unabhängig davon, ob sie das wirklich wollen. Insoweit stellen die modernen Bedarfsgemeinschaften eine logische Konsequenz und Fortsetzung jener Interpretation von Familie dar, die wir seit 1835 aus Frankreich kennen. Wenn sich niemand für ein zweites Einkommen im Familienverbund findet, ergibt sich genau jene Entwicklung wie bei alleinerziehenden Familien.

Diese Entwicklung lässt sich so gut wie in allen Ländern Europas nachweisen. Daraus ist abzuleiten, dass eine Familienökonomie, die auf zwei Einkommen aufbaut und auch auf zwei Einkommen angewiesen ist, immer dann, wenn ein Einkommen und die Fürsorge für Kinder kombiniert wird, zu relativer Armut führen muss. Wenn wie im klassischen Hausfrauenmodell Fürsorge und Einkommen getrennt sind, kann bei einem Einkommen und zwei Erwachsenen derjenige, der das Einkommen einbringt, in der Regel seine Arbeitszeit erhöhen, um die ökonomische Situation der Familie zu verbessern. In Familien mit mehreren Kindern und zusammenlebenden Partnern steigt die Arbeitszeit der Väter deut-

lich und liegt im Durchschnitt bei Vätern mit drei Kindern bei den obersten 10 Prozent dieser Altersgruppe mit 60 und mehr Stunden, während sie bei den kinderlosen Männern der gleichen Gruppe über 50 Stunden beträgt (Bertram/Deuflhard 2014).

Die ökonomische Integration der Mütter in das Erwerbsleben schützt also Kinder vor relativer Armut und erspart dem Staat erhebliche Ausgaben, weil die zusätzliche Arbeitszeit der Frauen und Mütter trotz des Wandels in der Erwerbsstruktur mit insgesamt weniger gut bezahlten Arbeitsstellen als noch in den 1970er Jahren die Familienökonomie sichert. Zugleich sollte deutlich sein, dass die Integration der Mütter in das Erwerbsleben auch dazu beiträgt, dass sie ökonomisch unabhängig und selbstständig ihr eigenes Leben führen können, da sie nicht vom Einkommen des Mannes abhängig sind, sondern auf eigenen Füßen stehen.

Abbildung 3:
Lebensunterhalt von Frauen zwischen 35 und 45 Jahren



65 Prozent der Frauen zwischen 35 und 45 Jahren (früheres Bundesgebiet) geben an, von ihrem eigenen Einkommen zu leben (Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung Mikrozensus 2015; vgl. Bertram/Deuffhard 2014). Auch wenn zwei Drittel der Frauen dieser Altersgruppe ökonomisch selbstständig sind, ist zur Kenntnis zu nehmen, dass im Bundesdurchschnitt in dieser Altersgruppe, in der die Männer in der Regel anfangen, ihre höchsten Gehälter zu erzielen, rund 10 Prozent der Frauen von staatlichen Transferleistungen leben, in den neuen Bundesländern über 20 Prozent. Die Ergebnisse der neuen Bundesländer erschrecken vor allem deswegen, weil dort 70 Prozent der Frauen angeben, vom eigenen Einkommen zu leben, aber über 20 Prozent auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind und nur 5 Prozent vom Partner unterstützt werden. Diese Daten zeigen, welche immensen Kosten auf den Staat und die Gesellschaft zukämen, wenn auch die westdeutschen Frauen ihre Lebensplanung so gestalten würden, dass nicht mehr der Partner für den Lebensunterhalt der Partnerin aufkommt, wie jetzt in rund 20 Prozent.

Der Blick auf die Zahlen zu staatlichen Unterstützungsleistungen in einigen Großstädten im Ruhrgebiet, die deutlich über den Quoten der neuen Bundesländer liegen, zusammen mit dem in Nordrhein-Westfalen immer noch verbreiteten Modell der Hausfrauenehe lässt in etwa abschätzen, dass das ostdeutsche Modell, übertragen auf diese Regionen, in dieser Altersgruppe eine Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen von 40 und mehr Prozent erreichen könnte. Insoweit müssen die politischen Kräfte, die das Modell der Hausfrauenehe skeptisch einschätzen, Konzepte entwickeln und Ideen vorstellen, damit nicht die Abhängigkeit vom Ehemann oder Lebenspartner einfach durch staatliche Transferleistungen ersetzt werden muss.

Die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen ist aber nicht Ausdruck von individueller Emanzipation oder gesellschaftlicher Teilhabe, sondern aus der Wahrnehmung der Betroffenen häufig das Gefühl des eigenen Versagens. Wer die Integration in die Arbeitswelt und die Fähigkeit, für sich selbst ökonomisch zu sorgen, als wesentliche Elemente von Emanzipation begreift, muss auch zeigen, wie die teilweise extrem hohe Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen durch entsprechend qualifizierte Arbeitsplätze ersetzt werden kann. Berlin übertrifft hier noch die neuen Bundesländer: In Berlin machen 25 Prozent Lebensunterhalt durch Transfer in der Altersgruppe der 35- bis 45-jährigen Frauen deutlich, dass

Unabhängigkeit und Selbstständigkeit nicht nur darin bestehen kann, nicht von einem Mann oder Partner abhängig zu sein, sondern eben auch, dass an die Stelle der personalen Abhängigkeit möglicherweise auf Dauer die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen tritt.

3. Infrastruktur für Kinder: Betreuungsmodelle in Europa

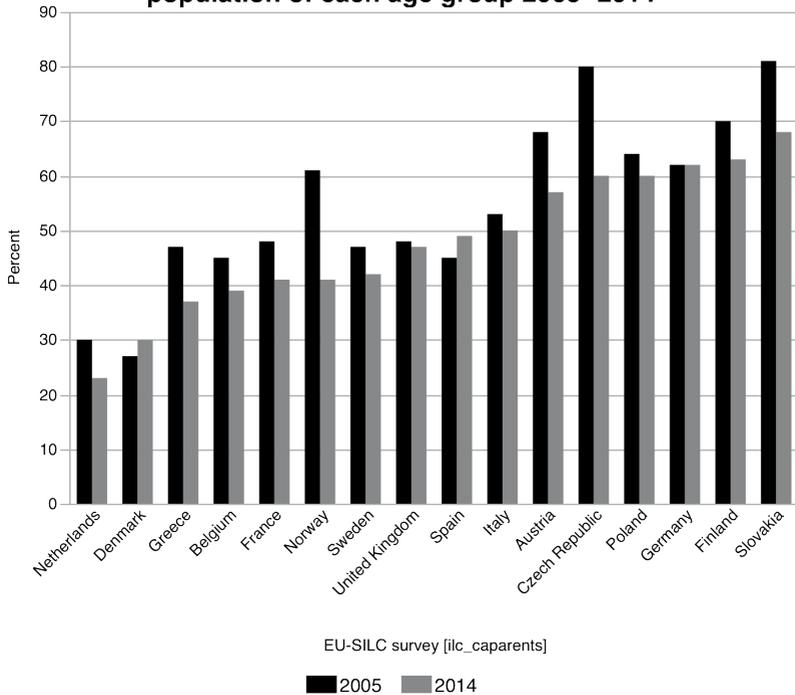
Die europäische Perspektive, die für alle OECD-Länder einschließlich Japan gilt, zeigt deutlich, dass die ökonomische Integration der Frauen und Mütter in das Arbeitsleben in den 1970er und 1980er Jahren als zentraler Prozess sichergestellt hat, dass das langsame Verschwinden der gut bezahlten Industriearbeitsplätze in den meisten europäischen Ländern nicht zur Verschlechterung der relativen Armutsposition von Kindern und Familien geführt hat. Vielmehr bildet jetzt das zweite Einkommen gemeinsam mit dem Einkommen des Partners die ökonomische Basis der Familien. Daher ist es auch nicht sinnvoll, von „Zuverdiener“-Modellen zu sprechen, weil diese Einkommen, unabhängig von der individuellen Höhe, zur Existenzvoraussetzung der Familienökonomie geworden sind.

Gleichzeitig zeigt diese Entwicklung auch, wie flexibel die Familien auf geänderte ökonomische Bedingungen reagieren. Daher ist es nicht sinnvoll, den Begriff „traditionell“ für diese Lebensform zu verwenden, weil das Haupternährermodell der Industriegesellschaft abgelöst wurde durch ein Zwei-Ernährermodell. Das sehen die Paare im OECD-Kontext von Schweden bis Deutschland und Frankreich im Übrigen auch selbst so, weil die Mehrheit der Paare (OECD, zit. n. Bertram/Deuflhard 2014) die beiden Einkommen der Partner als gemeinsames Einkommen interpretieren, über das sie beide verfügen können. Das verstärkte Engagement von Vätern und Müttern am Arbeitsmarkt führt zu einer deutlichen Reduktion der Zeit, die für die Fürsorge für Kinder zur Verfügung steht. Für größere Kinder,

die sich selbst versorgen können, mag das unproblematisch sein, aber bei kleineren Kindern, vor allem unter drei Jahren sowie Vorschulkindern entsteht ein gravierendes Zeitproblem. Trotz kürzerer Arbeitszeiten als in den 1960er und 1970er Jahren ist dieses Zeitproblem heute nicht kleiner, sondern größer geworden. Die traditionellen Arbeitszeiten waren entweder festliegende Tageszeiten, um die sich das Familienleben herum organisieren ließ, oder Schichtzeiten, die aber mit dem berufstätigen Partner abgestimmt werden konnten. Die heutige Flexibilisierung der Arbeitszeit bringt es mit sich, dass sich die relativ feststehenden Fürsorgezeiten für Kinder nur schwer mit flexiblen Arbeitszeiten kombinieren lassen. Das gilt nicht nur für Mitarbeiterinnen im Handel, deren Arbeitszeit vielleicht erst nach 16 Uhr beginnt, aber dafür bis 20 Uhr oder 22 Uhr dauert, oder für Techniker, die im Service arbeiten, sondern so gut wie für alle personenbezogenen Dienstleistungen bis zum Medienbetrieb, die eigentlich eine 24 Stunden-Präsenz erwarten. Kleine Kinder kennen diese Flexibilität nicht; im Gegenteil brauchen sie feste Zeiten, und auch die Zeiten von Kinderkrippe und Kindergarten sind in der Regel klar strukturiert.

Abbildung 4: Kinder bis zum dritten Lebensjahr, die nur von ihren Eltern betreut werden, 2005 und 2014

Children cared only by their parents by age group - % over the population of each age group 2005- 2014



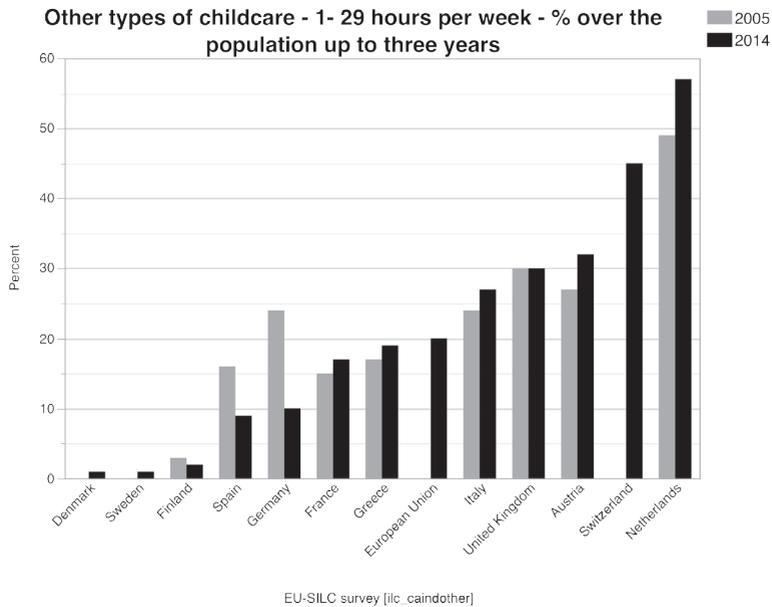
Während mit wenigen Ausnahmen, etwa Italien, in den meisten europäischen Ländern das Hausfrauenmodell nur von etwa 20 bis 25 Prozent der Altersgruppen mit kleinen Kindern gelebt wird (vgl. Abb. 1), ist die Variation, wie Kinder unter drei Jahren in Europa betreut werden, erstaunlich groß. In den osteuropäischen Ländern als klassischen Industrieländern, wie die Tschechische Republik, die Slowakei und Polen, wurden um 2005 noch 65 bis 80 Prozent der Kinder bis zum dritten Lebensjahr nur von den Eltern betreut. In den Niederlanden, Dänemark, aber auch Griechenland wurden 2005 nur 30 bis knapp 50 Prozent der Kinder nur von den Eltern betreut.

Nach den Daten von 2014 hat sich in manchen Ländern, wie der Tschechischen Republik, der Slowakei, aber auch Norwegen und Griechenland mit deutlichen Rückgängen in der alleinigen Betreuung durch die Eltern viel

geändert. Deutschland und Finnland sind besonders spannend: In Deutschland wurde in diesem Zeitraum die frühkindliche Betreuung deutlich ausgebaut, jedoch hat sich der Anteil der allein betreuenden Eltern nicht geändert. In Finnland haben sich im Gegensatz dazu die politische Situation und der Ausbau der Kinderbetreuung nicht geändert, aber es ist ein Rückgang von 70 auf 60 Prozent zu beobachten.

Mit diesen Daten im europäischen Kontext lassen sich die Vorstellungen vieler Sozialwissenschaftler (Esping-Andersen 1990, 1999), das Angebot an staatlicher Betreuung und die entsprechende Familienpolitik hätten einen Einfluss auf das Betreuungsverhalten der Eltern, nicht nachvollziehen. Denn nach den Daten von Eurostat lässt sich die Betreuungssituation von Kindern in den einzelnen Ländern weder nach einem sozialdemokratischen Modell noch nach einem konservativen Modell ordnen.

Um diese Muster zu erklären, müssen zum einen die verschiedenen familiären Beziehungsmuster in den einzelnen Ländern reflektiert werden und zum anderen die damit korrespondierenden Angebote zur Betreuung von Kindern und deren Interpretation durch Wissenschaft, Medien und Politik. Wer in Deutschland über Kinderbetreuung spricht, denkt in der Regel an eine Institution, die den Eltern von freien Trägern oder den Kommunen möglichst wohnortnah angeboten wird. Daneben gibt es betriebsnahe Angebote als überwiegend staatlich, kommunal oder betrieblich organisierte Einrichtungen. In der finnischen Debatte spielt private Kinderbetreuung praktisch keine Rolle, was zum Verständnis der hier vorgestellten Zahlen von großer Bedeutung ist.

Abbildung 5: Private und andere Formen der Kinderbetreuung

Die politische Diskussion in Deutschland, wie auch international im wissenschaftlichen Diskurs häufig zu lesen und zu hören (Esping-Andersen 2009), hält den Ausbau von Betreuungseinrichtungen für eine Grundvoraussetzung für die Zweiverdiener-Familie, weil nur so die Zeit, die beide Eltern im Beruf verbringen, aufgefangen werden kann. Demgegenüber gibt es in Europa vier verschiedene Betreuungskulturen und daneben noch unterschiedliche Vorstellungen über die zeitliche Organisation der Fürsorge für Kinder im Lebenslauf.

In Dänemark und in den Niederlanden ist der Anteil der Eltern, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr allein betreuen, sehr gering. Die meisten Kinder besuchen dort nach der Elternzeit eine Kinderkrippe, was der Vorstellung der dänischen Eltern entspricht, dass eine institutionelle Betreuung für die kindliche Entwicklung besonders gut sei. In den Niederlanden dominieren, durchaus staatlich unterstützt, private Betreuungsarrangements, wie auch in Italien, Großbritannien und der Schweiz. Untersuchungen in Belgien und Dänemark (Knijn/Kremer 1997) zeigen, dass die Eltern in Belgien ähnlich wie in Frankreich oder den Niederlanden die kindliche Betreuung durch Tagesmütter und entsprechende

Arrangements viel positiver einschätzen als die institutionelle Betreuung. Das müssen nicht Verwandte sein wie die Großeltern oder Bekannte aus der Nachbarschaft, sondern kann ganz professionell, wie aus Frankreich bekannt, organisiert und auch staatlich kontrolliert sein. Die Vorstellung, die eigenen Kinder in eine Institution zu geben, entspricht in diesen Ländern nicht den kulturellen Vorstellungen von Qualität (Daly/Knijin et al. 2012). Umgekehrt wird in Dänemark wie auch in Deutschland die institutionelle Kinderbetreuung in einer Krippe, auch unter staatlicher Kontrolle, von den Eltern viel positiver eingeschätzt.

Neben diesen beiden Einschätzungen ist in Südeuropa eine dritte Variante zu beobachten, nämlich die Vorstellung, dass eine optimale Betreuung der Kinder innerhalb des familiären Kontextes durch Großeltern und andere Verwandte möglich sein müsste.

Als vierte Variante wird in Deutschland und Finnland wie in den meisten osteuropäischen Ländern, wie Polen, Tschechien und der Slowakei, die Betreuung im Wesentlichen innerhalb der Kernfamilie geregelt. So entsprechen die Quoten der ausschließlichen Betreuung von Kindern durch ihre Eltern in Finnland denen der Eltern in Deutschland, Tschechien und der Slowakei und Polen (EU-SILC 2015; Eurostat; eigene Berechnungen, Bertram 2017). Diese Länder haben sehr verschiedene politische, kulturelle und historische Erfahrungen in Bezug auf die Familie, so dass man sehr vorsichtig sein muss, diese Modelle bestimmten politischen Orientierungen zuzuordnen oder sie als traditionell zu interpretieren. Denn die Möglichkeit, die Kinder selbst zu betreuen, wurde in den meisten osteuropäischen Ländern erst nach dem Niedergang der Sowjetunion möglich, weil vorher in all diesen Ländern eine klare Einordnung der Mütter in die Arbeitswelt galt. Finnland wiederum wird von vielen Autoren dem sozialdemokratischen Modell Nordeuropas zugeordnet (Esping-Andersen 1990), obwohl nach diesen Daten das Verhalten der Eltern in den ersten drei Lebensjahren stärker dem Muster in Westdeutschland entspricht als in Schweden oder Dänemark. Die finnischen Eltern sind bis zum dritten Lebensjahr in ihrem Betreuungsverhalten geradezu die Antipoden der dänischen Eltern.

Aus diesen Vergleichen ist zunächst abzuleiten, dass trotz der in allen europäischen Ländern zu beobachtenden verstärkten Integration der Mütter ins Erwerbsleben, sehr unterschiedliche zeitliche Vorstellungen entwickelt wurden, wie lange die Kinder nur durch die Eltern zu betreuen

sind, inwieweit man sich auf staatliche Institutionen wie die Krippe verlässt, um Beruf und Familie zu vereinbaren, und inwieweit man eher auf Tagesmütter oder auf die eigene Verwandtschaft setzt.

Diese europäische Vielfalt sollte zumindest bei der sprachlichen Klassifizierung der verschiedenen Betreuungskulturen zu einer gewissen Zurückhaltung anregen, weil bestimmte Begriffe, etwa „traditionell“, nicht nur die Mehrzahl aller Mütter in Deutschland als „rückständig“ klassifizieren, sondern gleichzeitig das Verhalten von Müttern in anderen Ländern diskriminierend interpretieren. Vor allem bei Finnland und dem dort gezahlten Betreuungsgeld ist das problematisch, weil die finnischen Kinder trotz des geringen Besuchs der Kinderkrippe in ihren schulischen Leistungen an der Spitze vor den meisten europäischen Ländern liegen und das Erwerbsverhalten ihrer Mütter bis auf die ersten drei Jahre dem in den anderen nordeuropäischen Ländern entspricht.

Trotz des Ausbaus der Krippen, betreuen in Deutschland rund 60 Prozent der Eltern ihre Kinder allein (Eurostat 2014). Das Krippenangebot wird vor allem von den Eltern angenommen, die schon zuvor private Arrangements organisiert hatten und jetzt durch institutionelle Angebote in der Suche nach einem vernünftigen Betreuungsarrangement entlastet sind; zugleich haben sie mit der institutionellen Betreuung durch den Rechtsanspruch auf einen Krippen- und Kindergartenplatz eine Verlässlichkeit des Angebots, was bei den privaten Arrangements nicht immer der Fall sein konnte. Daher ist zu vermuten, dass die Nachfrage weiter steigen wird, weil es einerseits immer noch relativ viele private Arrangements gibt und gleichzeitig, wie auch in den letzten 20 Jahren, der kontinuierliche Anstieg der Müttererwerbstätigkeit weiter geht.

Betrachtet man diese unterschiedlichen Betreuungsarrangements unter der Perspektive des Lebensverlaufs, entsprechen das finnische wie das deutsche Muster dem sequenziellen Modell, wie es schon in den 1950er Jahren von Myrdal und Klein in den Grundzügen skizziert wurde (Myrdal/Klein 1956/1971). In diesem sogenannten Drei-Phasenmodell sollte im Lebenslauf von Frauen nach der Ausbildung eine Zeit für die Geburt und die Betreuung der Kinder möglich sein, um danach wieder berufstätig zu werden. Dieses Modell wurde schon in den 1980er Jahren kritisiert, weil damit die Zeit der Kinderbetreuung und Kinderphase die Frauen, die sich für die Fürsorge für Kinder entscheiden, in ihrer weiteren beruflichen Perspektive diskriminiert. Denn genau in dieser Phase werden die Wei-

chen für die spätere berufliche Entwicklung gestellt, so dass ein solches Modell letztlich bedeutet, sich entweder für die Familie oder für den Beruf zu entscheiden.

Das Gegenmodell zu dem in Finnland realisierten Drei-Phasenmodell ist das dänische Modell. Hier wird die familiäre Kinderbetreuungsphase möglichst kurz gehalten und in die Entscheidung der Eltern gestellt. Zugleich wird den Eltern durch eine qualifizierte, gut erreichbare sozial und politisch hoch angesehene Infrastruktur der institutionellen Kinderbetreuung die Möglichkeit gegeben, Familie und Beruf aufeinander zu beziehen.

Die meisten europäischen Länder lassen sich zwischen diesen beiden Polen einordnen. Deutschland hat mit der Einführung des einkommensabhängigen Elterngelds versucht, das sequenzielle Modell, das in Finnland dominiert, mit dem dänischen und schwedischen Modell einer möglichst knappen Betreuungszeit für Kinder zu verknüpfen. Durch die Flexibilisierung der Elternzeit wird zudem versucht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch mehr in die individuelle Entscheidungsmöglichkeit der Familien zu stellen.

Der Zweite Familienbericht 1975 plädierte für den Ausbau des Kindergartens und stützte zugleich die familiäre Betreuung der unter drei-jährigen Kinder. Damals wurde auch aus wissenschaftlicher Perspektive davon ausgegangen, dass dies das Beste für die kindliche Entwicklung sei. Inzwischen haben empirische Längsschnittstudien gezeigt, dass die Förderung der kindlichen Entwicklung zunächst einen stabilen Kontext braucht und das Kind (mindestens) einer festen Bezugsperson bedarf, aber die kindliche Entwicklung positiv beeinflusst wird, wenn das Kind in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter mit anderen Kindern in einem stabilen Kontext in nicht zu großen Gruppen von qualifizierten Erzieherinnen noch zusätzlich gefördert wird. Dabei muss das Kind in dieser Gruppe zu den anderen Kindern und zur Erzieherin stabile und positive Beziehungen aufbauen können (Ahnert 2014). Ohne diese qualitativen Voraussetzungen ist jedoch nicht ohne Weiteres davon auszugehen, dass jede Form der institutionellen Betreuung die Kinder in ihrer Entwicklung fördert.

4. Zeit für Kinder: Die familiäre Revolution

1977 schrieb Ronald Inglehart „Die stille Revolution“ und Samuel Barnes und Max Kaase publizierten 1979 die internationalen Vergleiche zum veränderten Verhalten der jungen Erwachsenen gegenüber Politik und Gesellschaft. Die zentrale Botschaft dieser Diskussion um die stille Revolution war der empirische Nachweis, dass sich in vielen OECD-Ländern die Werte und Einstellungen der jungen Erwachsenen auch in den persönlichen Präferenzen und politischen Handlungen nicht mehr an vorgegebenen kulturellen Mustern orientierten, sondern neue Wege suchten, die den persönlichen, eher realistischen Präferenzen mehr entsprachen. Parallel dazu konnte die Arbeitsforschung international vergleichend nachweisen, dass Selbstbestimmung, Gestaltungsmöglichkeiten und individuelle Präferenzen in der Arbeitswelt an Bedeutung gewinnen (Kohn 1969). Diese Wandlungen wurden in der empirischen Erziehungsstilforschung für elterliches Verhalten ebenso nachgewiesen (Schneewind/Herrmann 1980) wie in den Wertemustern junger Paare in Bezug auf die wechselseitige Gestaltung des familiären Alltags (Bertram 1983, 1991).

Dieser empirisch evidente strukturelle Bruch von Werten und Einstellungen war auch eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg der Bildungsreform; noch 1965 hatte Ludwig von Friedeburg gezeigt, dass Eltern wie auch die Jugendlichen selbst die Aussteuer für junge Mädchen wichtiger fanden als Bildung. Das war zehn Jahre später völlig anders. Dieser strukturelle Wandel wurde in Wissenschaft und Politik wie auch in den Me-

dien und den privaten Diskussionen als Erbe des Umbruchs 1968/1978 interpretiert. Bei der Familie und der familiären Lebensführung ging jedoch auch die Wissenschaft noch in den 1990er Jahren davon aus, dass in Deutschland anders als in Skandinavien immer noch ein „traditionelles“ Familienmodell vorherrsche und die Wandlungsprozesse, die sonst alle Bereiche der Gesellschaft erfasst hatten, die Familie angeblich nicht erreicht hätten.

Das hängt auch damit zusammen, dass es in der Bundesrepublik anders als in den USA keine langen Zeitreihen über die Arbeitszeit im Haushalt gibt, so dass jede Form der ungleichen Verteilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau als „traditionell“ interpretiert wurde. Ob sich aber in der Arbeitsteilung im Laufe der Zeit etwas geändert hat, ist bei Querschnittsanalysen nur schwer bis gar nicht zu beurteilen. Darüber hinaus wurden weder in der nationalen noch in der internationalen Forschung die sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen Deutschlands berücksichtigt; die Integration der Frauen und Mütter in das Erwerbsleben unterschied sich etwa in Süddeutschland kaum von den nordeuropäischen und anderen westeuropäischen Ländern. Hier führten die traditionellen Eisen- und Stahlindustrieregionen zu dem immer betonten Unterschied.

Für die USA hat Susan Bianchi die Zeitbudgetstudien der USA seit 1965 ausgewertet (Bianchi 2011). Sie zeigt, dass in den USA dieser Wandel der Arbeitsteilung im Haushalt zwischen 1975 und 1985 erfolgte (Bertram/Deuflhard 2014). Durch den Einsatz der damals neu auf den Markt drängenden Haushaltsgeräte wie auch durch die völlige Veränderung der Distribution von Haushaltsgütern, wie etwa die Tiefkühlketten, die großen Einkaufsmärkte mit der Entwicklung standardisierter Produkte, konnten die Haushalte Rationalisierungsgewinne erzielen, die die Hausarbeitszeit in den USA für Frauen von 35 auf 17 Stunden halbiert und den Kalorienbedarf für die Haushaltsführung von knapp 6000 cal pro Woche auf etwa 2000 cal pro Woche reduziert haben (Archer et al. 2013). Parallel dazu ist das Engagement der Männer deutlich gestiegen; da bis dahin eingekaufte Dienstleistungen in den Haushalt verlagert wurden – man denke an den Aufstieg der Baumärkte – und gleichzeitig erhöhte sich auch das Engagement der Väter in der Kindererziehung deutlich.

Solche historischen Daten stehen für Deutschland nicht zur Verfügung. Doch mit den Daten der Statistischen Ämter von Schweden und Finnland, die die nationalen Zeitbudgetstudien der Statistischen Ämter Europas vergleichend zusammengeführt haben, lässt sich für Deutschland im Vergleich mit den anderen Ländern zumindest für 2001 prüfen, ob sich Deutschland beim Zeitaufwand für Haushalt und Arbeit signifikant von den skandinavischen Ländern unterscheidet.

Die Analyse der gesamten Hausarbeitszeit einschließlich Einkaufen und Kinderbetreuung berücksichtigt, um den internationalen Vergleich zu ermöglichen, nur die Tätigkeiten, die sich grundsätzlich auch über den Markt einkaufen lassen, wie Kinderbetreuung, Kochen, Putzen, Einkaufen, Reparaturen im Haushalt, Steuererklärungen machen und Ähnliches (vgl. Abb. 6). In Finnland, Schweden, England und Deutschland erreicht die zeitliche Belastung mit diesen Tätigkeiten für Frauen zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr einen absoluten Höhepunkt mit im Durchschnitt rund 40 Stunden pro Woche, der danach wieder sinkt. Im Unterschied dazu wird in Spanien, Italien und in Frankreich auch zum 30. Lebensjahr ein entsprechender Zeithöhepunkt erreicht, der in Italien und Spanien noch höher ausfällt als in den anderen Ländern und sich bis zum 75. Lebensjahr praktisch nicht mehr verändert. Der Grund dafür liegt in den unterschiedlichen Betreuungskulturen. In den südeuropäischen Ländern sind Frauen stärker in die Betreuung ihrer Enkelkinder eingebunden.

Entgegen allen Annahmen über die sogenannte Retraditionalisierung der männlichen Rolle mit zunehmender Zahl der Kinder und zunehmendem Lebensalter ist das Engagement der Männer im Haushalt in Finnland, Schweden, England und Deutschland nicht nur deutlich gestiegen, sondern erreicht hier mit etwa 20 Stunden die Hälfte der Arbeitszeit der Frauen im Haushalt. Hier ist kein Unterschied zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland festzustellen (Deutsche Daten: Statistisches Bundesamt 2015; nordeuropäische Daten: HETUS 2017; Zagheni et al. 2015). Die Daten aus Schweden und Finnland stammen von den statistischen Ämtern dieser Länder zusammen mit den Daten des Statistischen Bundesamtes. Daher ist davon auszugehen, dass diese Daten die Wirklichkeit der einzelnen Länder genau abbilden. In Frankreich, Spanien und Italien bleibt die Unterstützung durch die Männer mit 10 bis 15 Stunden relativ niedrig; sie steigt in Frankreich erst an, wenn die Kinder das Haus verlassen. Entscheidend ist, dass unabhängig von der jeweiligen Betreuungskultur und unabhängig von der Infrastruktur in den ein-

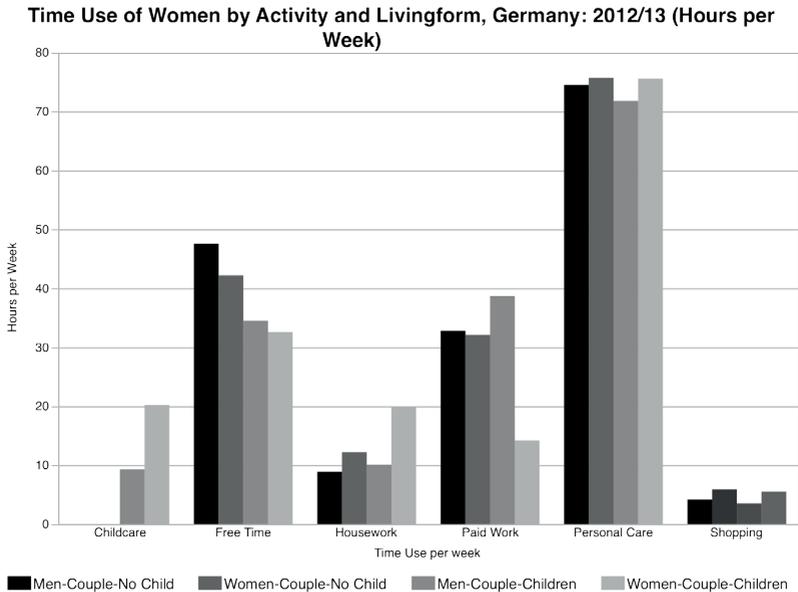
zelen Ländern zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr eine ‚Rushhour‘ im Leben von Vätern und Müttern entsteht, weil selbst in Schweden der Zeitaufwand für Kinder, wenn sie klein sind, auch durch ein gutes Angebot an Infrastruktur kaum gemildert wird.

Im Grundsatz ist das gut verständlich, weil in der öffentlichen Debatte zwei Tendenzen keine Rolle spielen. Bianchi (2011) wie auch Boll (2011) haben für Europa gezeigt, dass der Zeitaufwand für Kinder trotz Zurückgehen der Kinderzahlen deutlich gestiegen ist. Das hängt offenbar damit zusammen, dass nach Ansicht von Experten die Anforderungen an Eltern in ihrem Umgang mit Kindern deutlich gestiegen sind. Schon in den 1970er Jahren hat Jürgen Habermas diesen Prozess nicht in Bezug auf die Kinder, aber für die privaten Lebenswelten als „Kolonisierung der Lebenswelten durch Institutionen und staatliche Systeme“ beschrieben. Hinzu kommt ein Faktum, von Jürgen Zinnecker (1992) beschrieben, dass die Institutionalisierung der Kindheit notwendigerweise einen erhöhten Organisations- und Fahraufwand für die Eltern erzeugt. Unabhängig von diesen Prozessen sollte nicht verkannt werden, dass sich die Fürsorge für Kinder unter sechs Jahren nach der Entwicklung und dem Lebensrhythmus des Kindes zu richten hat und nicht nach den institutionellen Öffnungszeiten einer wenngleich gut ausgebauten Infrastruktur.

Dieses nüchterne Ergebnis sollte nicht herangezogen werden, um die Frage der Infrastruktur insgesamt neu zu diskutieren. Wenn der Zeitaufwand aufgrund der hier beschriebenen Prozesse auch nicht gesunken ist, hat die angebotene Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie den unschätzbaren Vorteil, dass Eltern trotz der zeitlichen Belastung mit Kindern ihren Tagesablauf entsprechend der Öffnungszeiten der Kinderbetreuung so klar strukturieren können, dass sie auch berufstätig sein können, ohne, wie in den südeuropäischen Ländern oder teilweise auch früher in der Bundesrepublik, auf ein privates Netzwerk von Großeltern und Verwandten zurückgreifen zu müssen. Die Sicherheit und Verlässlichkeit des Angebots für alle Eltern, unabhängig von privaten Netzwerken, ist eine Grundvoraussetzung für die Partizipation an der Arbeitswelt, weil nur so auf Dauer für alle Beteiligten feste Zeitparameter zu definieren sind. Wenn zudem auch die qualitativen Voraussetzungen für eine gute Betreuung gegeben sind, bringt die institutionelle Kinderbetreuung zwar nicht unbedingt eine große zeitliche Entlastung für Eltern mit Kleinstkindern und die Rushhour bleibt überall in Europa bestehen, doch tragen

Sicherheit und Verlässlichkeit und eine qualitativ gute Betreuung dazu bei, dass Eltern persönlich und individuell Beruf und Familie so aufeinander beziehen können, wie das aus ihrer Sicht sinnvoll ist.

Abbildung 6: Das Zeitbudget von Müttern und Vätern und kinderlosen Paaren



In Abb. 6 sind die Ergebnisse der Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamts von 2012/2013 nach einzelnen Tätigkeitsbereichen zusammengefasst, differenziert nach Paaren mit und ohne Kinder. Die Zeit für die persönliche Fürsorge, also Schlafen, Essen, Waschen und sonstige diesbezügliche Aspekte, unterscheidet sich kaum und liegt im Durchschnitt bei 73 bis 74 Stunden, nur die Väter kommen mit etwa 71 Stunden aus. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Väter beträgt etwa 40 Stunden, jedoch die der Männer, die ohne Kinder mit einer Partnerin leben, über alle gerechnet bei 32 bis 33 Stunden. Das bestätigt noch einmal die Aussage, dass Väter im Durchschnitt die höchste Präsenz am Arbeitsmarkt zeigen, auch mehr als die kinderlosen Frauen in Partnerhaushalten. Diese hohe zeitliche Belastung der Väter ist auch Ausfluss des Gender Pay Gaps, wie später noch ausgeführt wird.

Die Mütter haben im Durchschnitt bis zum 6. Lebensjahr der Kinder, wieder umgerechnet über alle Mütter, eine Präsenz am Arbeitsmarkt von rund 14 Stunden, was gegenüber 2001 eine deutliche Erhöhung ist. Die hohe Präsenz der Väter am Arbeitsmarkt führt entgegen der öffentlichen Debatte nicht dazu, dass sie ihre Hausarbeit gegenüber den kinderlosen Männern reduzieren; ihre Präsenz im Haushalt liegt etwas darüber und ihr Engagement bei der Kinderbetreuung mit etwa 10 Stunden führt zu den 20 Stunden zusätzlicher Zeitbelastung. Mütter investieren 20 Stunden in die Fürsorge für ihre Kinder und 20 Stunden in die Hausarbeit. Die Zeit für Einkaufen ist für alle Gruppen mit etwa 4 bis 5 Stunden nicht sehr ausgeprägt.

Die Mütter sind in der Summe bis zum 6. Lebensjahr des Kindes etwa 40 Stunden zeitlich belastet und die Väter mit 20 Stunden. An diesen Zahlen lässt sich das Dilemma der Forderung nach durchschnittlich 30 Stunden Familienarbeitszeit verdeutlichen. Bei einer Stundenverteilung im Haushalt von 20 zu 40 Stunden können nur 10 Stunden auf die Väter umverteilt werden. Doch müsste eine Reduktion der Arbeitszeit um 10 Stunden bei den Vätern mit einer Erhöhung der Arbeitszeit der Mütter um 16 Stunden beantwortet werden, weil deren Arbeitszeit im Augenblick bei durchschnittlich 14 Stunden liegt.

Diese zusätzlichen 6 Stunden, die das 30 Stunden-Familienarbeitszeitmodell impliziert, würden die Ungerechtigkeit hinsichtlich der Verfügbarkeit der freien Zeit zwischen Familien und Nicht-Familien weiter verschärfen. Als durchschnittliche freie Zeit zur eigenen Verfügung hat ein Partner in einer kinderlosen Partnerschaft fast 50 Stunden, die Partnerin 42 Stunden; bei den Vätern sind es 33 Stunden und bei den Müttern 32 Stunden. Welche politische Rechtfertigung kann es dafür geben, die Eltern, die jetzt schon unter Zeitmangel leiden und eine Rushhour durchleben, gegenüber den Nicht-Eltern noch weiter zu belasten? Und das Freizeitdefizit von Eltern ist keine neue Erkenntnis, sondern wurde schon in der Auswertung der Zeitbudgetstudien 1991 als Problem thematisiert (Beblo 2001).

5. Fürsorge für Kinder und Rushhour für Eltern: Perspektiven für eine elternorientierte Familienpolitik

Die Zeitbudgetdaten der statistischen Ämter von Schweden und Finnland machen deutlich, dass in den hier untersuchten europäischen Ländern die Eltern mit kleinen Kindern neben ihrer Berufarbeit in erheblichem Umfang Zeit für diese Kleinkinder aufwenden. Dabei sagt der häufig in der Literatur vorgenommene Vergleich eines staatlich organisierten Angebots von Infrastruktur wie Krippe oder Tagesmütter so gut wie nichts über den Zeitaufwand für Kinder bis zu sechs Jahren aus, denn die privaten Betreuungsarrangements werden in diesen Vergleichen gar nicht erfasst. Auch in den nordeuropäischen Ländern wie Schweden mit einer vorzüglich ausgebauten Infrastruktur für Kinder haben Eltern in dieser Altersgruppe einen erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand. Diese Ergebnisse korrespondieren mit anderen Analysen mit teilweise anderen Datensätzen oder früheren Zeitbudgetstudien (Boll/Leppin/Reich 2011; Beblo 2001; European Commission 2004).

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Altersgruppe der Eltern zwischen 30 und 40 Jahren nicht nur in Deutschland, sondern in allen hier untersuchten Ländern eine besondere Herausforderung oder Rushhour. Es sei aber noch einmal betont, dass der Ausbau der staatlichen Infrastruktur für Familien mit Kindern den Eltern zwar nicht mehr Zeit, aber die Möglichkeit gibt ihren beruflichen Alltag mit einer gewissen Sicherheit organisieren und planen zu können und bei entsprechender Qua-

lität die Gewissheit zu haben, dass Kinder mit anderen Kindern zusammen ihre Entwicklungschancen verbessern können.

In der internationalen Literatur (Bianchi, Gershuny, Eurostat/OECD) wird die Zeit für Fürsorge daher auch nicht mehr als zu disponierende Zeit interpretiert, die sich frei einsetzen lässt, sondern insbesondere bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes als ein Zeitkontingent, das sich nach den emotionalen und sozialen Bedürfnissen des Kindes richtet. Denn es ist nicht nur das Recht der Eltern, sondern auch ihre Pflicht, für ihre Kinder Fürsorge zu leisten.

Die Konsequenzen des hier skizzierten Wandels – stärkeres Engagement der Väter in der Familie, die ökonomische Notwendigkeit zweier Einkommen für die Existenzsicherung der Familie, eine gebildete und qualifizierte Frauengeneration – wird inzwischen international als eine Revolution der Basis von Familie interpretiert, die möglicherweise auf Dauer auch zur Stabilisierung der familiären Beziehungen beitragen wird. So vermuten Esping-Andersen und Billari (2015), dass auf der Basis eines neuen Equilibriums die Scheidungsraten zurückgehen können und die Geburtenraten wieder steigen. Goldscheider beschreibt diesen Prozess in zwei Phasen: Zunächst wurde in den 1960er und 1970er Jahren das industriegeellschaftliche „Einverdiener-Modell“ durch die zunehmende Integration der Frauen und Mütter ins Erwerbsleben infrage gestellt, die Scheidungsraten und unverheiratetes Zusammenleben stiegen und die Geburtenraten sanken. Dieser demographische Übergang wurde abgelöst durch ein stärkeres Engagement der Männer im Haushalt, was Bianchi für die USA eindrücklich empirisch belegen kann; dadurch entsteht ein neu auszuhandelndes Gleichgewicht zwischen den Partnern, nicht mehr durch Rollen vorgegeben, sondern als Prozess des wechselseitigen Aushandelns (Goldscheider et al. 2015).

5.1 Von Anreizen zu Chancen: Die Verlierer des Zweiverdienermodells

Das Zweiverdiener-Modell, das sich in den meisten OECD-Ländern in den 1980er und 1990er Jahren durchgesetzt hat und heute von der großen Mehrheit der Familien in Deutschland gelebt wird, weil sich die nordwestdeutschen Bundesländer den süd- und ostdeutschen Bundesländern inzwischen angenähert haben, ist heute die ökonomische Basis der meisten Familien. Dieses Zweiverdiener-Modell, auch das gilt für die meisten OECD-Länder (Bertram 2017), hat aber nicht dazu beigetragen, dass es

heute den Familien mit Kindern in Relation zu anderen gesellschaftlichen Gruppen besser geht, sie haben ihre Position halten können, die jedoch deutlich schlechter ist als die der zusammenlebenden Paare ohne Kinder. Als Ursache dafür sind die in der Regel gut bezahlten Arbeitsplätze in der Industrie deutlich weniger geworden und in vielen Dienstleistungsbereichen, gerade auch im staatlich kontrollierten Sektor, wie Gesundheit, Erziehung, Soziales und öffentliche Dienstleistungen, wird viel weniger verdient.

Verlierer dieses Wandels sind aufgrund dieser Einkommensentwicklung die Familien, die nur über ein durchschnittliches Einkommen eines Haupternährers bzw. einer Haupternährerin verfügen. Das sind vor allem die Alleinerziehenden und die Mehrkinderfamilien, aber auch die Familien mit einem oder zwei Kindern, wenn die Kinder aus gesundheitlichen Gründen eine besondere Unterstützung brauchen. Die Benachteiligung dieser Lebensform liegt nicht nur im Fehlen eines zweiten Einkommens, sondern auch darin, dass die zeitlichen familiären Unterstützungsleistungen als Kern des Zweiverdienermodells nicht zur Verfügung stehen. Die höchste zeitliche Belastung bei der Erziehung von Kindern aufgrund dieser fehlenden Unterstützungsmöglichkeiten haben die Alleinerziehenden (Goodin et al. 2008) und die Mehrkinderfamilien. Denn in den Mehrkinderfamilien versucht der Haupternährer bzw. die Haupternährerin, das Einkommen zu maximieren, daher gibt es in dieser Gruppe den höchsten Anteil von Personen, die 60 Stunden und mehr arbeiten.

Wenn die ökonomische Basis einer Familie im Regelfall auf den Einkommen von Mutter und Vater aufbaut, müssen auch alle familienpolitischen Leistungen so konzipiert werden, dass sie sich nicht nachteilig für diejenigen auswirken, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in dieser Konstellation leben, wie es die horizontale Gerechtigkeit als ein Grundprinzip der Familienpolitik gebietet. Dieses Prinzip soll sicherstellen, dass Familien in ihren Fürsorgeleistungen nicht gegenüber anderen benachteiligt sind, aber auch, dass die verschiedenen familiären Lebensformen gleichgestellt sind. Das ist verhältnismäßig einfach zu erreichen, wenn die einzelnen familienpolitischen Leistungen nicht an die Lebensform gekoppelt werden, sondern an die Fürsorge für die Kinder. Ein Beispiel ist das deutsche Ehegattensplitting, das in anderen europäischen Ländern, wie Frankreich, als Familiensplitting ausgebildet ist. Beim Familiensplitting steht die Fürsorgeleistung im Vordergrund, aber beim Ehegattensplitting die Lebensform.

Nach den Daten des Mikrozensus wollen die Mütter mit einem Minijob bis zu 10 Stunden zu über 30 Prozent mehr arbeiten, selbst mit drei Kindern, ebenso wie 20 Prozent der Mütter, die 10 bis 19 Stunden arbeiten (Arbeitszeitwünsche nach Kinderzahl, Mikrozensus 2011). Bei Müttern mit einem Kind sind diese Zahlen deutlich höher, nämlich 40 bzw. 30 Prozent, und unterscheiden sich nicht von den Kinderlosen. Eine Verringerung der Stundenzahl, wie sie gegenwärtig intensiv diskutiert wird, steht auch bei denen, die sehr viel arbeiten (40 und mehr Stunden) nicht auf der Prioritätenliste; es geht hier um jeweils 10 Prozent.

Deutschland hat mit dem Ausbau der Krippenplätze und der Verbesserung der Arbeitssituation auch im Sozial- und Pflegebereich mehr als 500.000 neue attraktive Arbeitsplätze geschaffen, die qualifiziert sind und entsprechende Einkommen bieten. Nach den Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung und anderer, weiter in die frühkindliche Betreuung und Förderung zu investieren, sind beim Ausbau dieser Infrastruktur gerade die Bundesländer mit besonders vielen ökonomisch benachteiligten Familien im Hintertreffen. Etwa ist in den neuen Bundesländern die Relation Betreuerin/Erzieherin zu Kindern schlechter als in den alten Bundesländern.

Was nutzen Diskussionen über Anreize zur Stärkung der Erwerbsbeteiligung von Müttern, um die ökonomische Situation der Familie zu verbessern, wenn es gar keine Arbeitsplätze oder nur geringfügige Tätigkeiten gibt, trotz des Wunsches nach mehr Arbeit. In manchen Bundesländern ist die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen gerade in der Altersgruppe der Mütter mit Kleinkindern genauso hoch wie in anderen Bundesländern die Abhängigkeit vom Ehemann (vgl. Abb. 3, Mikrozensus 2015). Dieser Aspekt sollte auch familien- und arbeitsmarktpolitisch im Zentrum stehen, um auch diesen Frauen eine ökonomisch selbständige Existenz zu ermöglichen und zugleich ihren Wunsch nach mehr Arbeit zu berücksichtigen. Solange sich die Familienpolitik auf diejenigen konzentriert, die schon jetzt selbstständig von ihrem eigenen Einkommen leben, führt das bei den anderen zu dem Eindruck, von der Familienpolitik vergessen worden zu sein. Wer das Modell der Zweiverdiener-Familie als eine Realität akzeptiert und die ökonomischen Aspekte von Familienpolitik und Steuerpolitik darauf ausrichten will, tut gut daran, für diejenigen, die das auch leben wollen, reelle Chancen zu schaffen, um Arbeitsplätze für eine eigenständige ökonomische Existenz zu finden.

Familienpolitisch liegt die Herausforderung darin, die Leistungen für Ehe und Familie, die ursprünglich konzipiert wurden, um die horizontale Gerechtigkeit zwischen Familien mit Kindern und denjenigen herzustellen, die sich für eine andere Lebensform entscheiden und keine Fürsorge für Kinder leisten, so umzustrukturieren, dass nicht zwischen verschiedenen familiären Lebensformen, in denen die Fürsorge geleistet wird, eine neue Form horizontaler Ungerechtigkeit entsteht.

5.2 Atmende Lebensläufe und Solidarität zwischen den Partnern

Nach der Analyse des Zeitaufwandes von Vätern und Müttern in Schweden, Finnland, Frankreich und Deutschland sind Eltern mit Kindern unter sechs Jahren unabhängig von den jeweiligen familienpolitischen Vorstellungen und unabhängig von der jeweils ausgebauten Infrastruktur zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr mit einer erheblichen Zeitverknappung konfrontiert. Der Zeitaufwand für Kinder sinkt mit zunehmendem Alter in den nordeuropäischen Ländern deutlicher als in Deutschland. Die Familienpolitik in all diesen Ländern versucht, wie auch in Deutschland seit 2003, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Konsequenz der Zweiverdiener-Familie als notwendiger ökonomischer Basis vor allem dadurch zu erreichen, dass die Partizipation von Vater und Mutter am Arbeitsmarkt in den ersten Jahren eines Kindes durch Infrastruktur oder Flexibilisierung der Arbeitszeit ermöglicht wird.

Es ist erstaunlich, dass Familienpolitiker in all diesen Ländern und auch viele Wissenschaftler (Bonin et al. 2013) die Karrieremuster, die sich am Arbeitsmarkt entwickelt haben, als einen feststehenden Rahmen hinnehmen, in den die Familie eingefügt werden muss, und das in keiner Weise hinterfragen. Wissenschaftlich unstreitig ist, dass diese Karrieremuster den männlichen Lebensvorstellungen unserer Gesellschaft folgen und ihren Ursprung in den Offizierslaufbahnen früherer Jahrhunderte hatten, als man schon mit jungen Jahren Führungsaufgaben übernahm, weil die körperliche Fitness im Militär von großer Bedeutung war: Ein Rittmeister, der nicht mehr aufs Pferd kommt, ist für Führungsaufgaben im Militär ebenso wenig geeignet wie ein Leutnant, der mit seinen Soldaten nicht mehr Schritt halten kann. Abweichende Vorschläge, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine Veränderung der beruflichen Karrieremuster zu erhöhen, wie es der Siebte Familienbericht oder die Nationale Akademie der Wissenschaften (Stock et al. 2012) vorschlagen, werden ebenso ignoriert wie Vorschläge auf EU-Ebene (EU 2005). Diese Vorschlä-

ge zielen darauf ab, die Starrheit der beruflichen Lebensläufe als so genannte „Normalbiografie“ (Beck/Beck-Gernsheim 1993) infrage zu stellen und die Lebensläufe so neu zu organisieren, dass sich unterschiedliche Lebensphasen von Bildung, Beruf, Fürsorge, öffentlichem Engagement und Auszeiten miteinander abwechseln und dafür die viel längere sichere Lebenszeit genutzt wird. Denn die Nachteile, die sich im Beruf als Folge der Fürsorge für Kinder vor allem für die Mütter ergeben, ist bei der jetzigen Konstruktion des Lebenslaufs nicht auszugleichen. Die von der OECD zusammengestellten Daten zum Gender Pay Gap zeigen erschreckend deutlich, dass in den meisten OECD-Ländern die Mütter wegen dieser Fürsorgeleistungen auch gegenüber Nichtmüttern erheblich benachteiligt sind.

Deutschland weist einen Gender Pay Gap von etwa 17 Prozent auf (OECD 2015) und liegt damit im Mittelfeld. Dieser Pay Gap geht nach den OECD-Analysen fast ausschließlich zu Lasten der Mütter mit 25 bis 27 Prozent. Hier unterscheidet sich Deutschland deutlich von Schweden mit einem ähnlich hohen Gender Pay Gap, aber einem viel höheren Pay Gap bei den kinderlosen Frauen als in Deutschland. In Irland, Australien, Luxemburg und den Niederlanden verdienen kinderlose Frauen tendenziell mehr als Männer. Allein in den Niederlanden liegt die Benachteiligung der Mütter unter 10 Prozent. Auch traditionelle Länder wie Italien stehen beim Pay Gap von Müttern und kinderlosen Frauen besser da als Schweden, Dänemark oder Finnland, was die Bedeutung der ökonomischen Strukturen dieser Länder zeigt. Extrem ist die Benachteiligung von Müttern in Japan und Korea mit mehr als 60 bzw. 40 Prozent Mütter-Pay Gap.

Ein atmender Lebenslauf könnte hier die Antwort sein. Denn ein atmender Lebenslauf geht nicht mehr davon aus, dass nur in der Jugend gelernt und dann gearbeitet wird, um im Alter den verdienten Lebensabend zu genießen, der inzwischen bei manchen so lange dauert wie die Berufstätigkeit. Vielmehr wird die klassische Normalbiografie aufgebrochen und damit werden Möglichkeiten geschaffen, immer wieder neu anzufangen und auch später Karriere zu machen.

Hier ist vor allem die Politik in der Pflicht. Denn die meisten Berufe im Gesundheitsbereich, in der Erziehung, aber auch in den sozialen Dienstleistungen sind allein durch staatliche Vorgaben und staatliche Ausbildungsordnungen strukturiert. Die Fachschulausbildung für Erzieherinnen oder Pflegerinnen sind ein gutes Beispiel für das staatliche Monopol, weil der Staat bei diesen Ausbildungen die Ordnungen, die Dauer, die Anfor-

derungen und die Einstellungsvoraussetzungen regelt. All diese überwiegend von Frauen nachgefragten Berufe waren als Berufe geplant, die junge Frauen vor der Heirat ausübten. Als Konsequenz treten heute viele junge Frauen, die sich für diese Berufe entscheiden, nach der drei- bis vierjährigen Ausbildung einen Beruf an, der ihnen vielleicht die Leitung einer Kindertagesstätte oder einer Station ermöglicht. Ein Jugendamt oder Gesundheitsamt zu leiten, ist unmöglich. Dagegen kann ein Bereitschaftspolizist mit entsprechenden Fähigkeiten und dem Willen zum Polizeipräsidenten aufsteigen. Ein atmender Lebenslauf schafft dagegen die Möglichkeit, dass eine junge Frau Erzieherin wird und diesen Beruf zehn Jahre mit Lust und Energie ausfüllt, ihn dann möglicherweise reduziert oder auch eine Pause einlegt, um dann ein Studium aufzunehmen und möglicherweise mit 45 Jahren Richterin zu werden, ein Beruf, den sie dann bis zum 70. oder 80. Lebensjahr ausüben kann.

Hier werden vor allem die sozialen Berufe und der Bildungsbereich thematisiert, weil gegenwärtig diese Berufe vor allem von jungen Frauen nachgefragt werden und hier haben der Staat bzw. die Kultusminister der Länder gemeinsam mit den Gesundheitsministern die Chance, das klassische Berufsmuster dieser sozialen Berufe – Ausbildung, Arbeit, Hausfrau – zu überwinden. Dabei zeigen die Mütter bereits, dass dieses Muster heute so aussieht: Ausbildung, Arbeit, Mutter und Teilzeit im selben Beruf. Eine Familien- und Frauenpolitik, die diese Neustrukturierung der beruflichen Lebensläufe nicht thematisiert, wird weder den Mütter-Pay Gap vermindern noch erreichen, dass sich die Väter in der Kleinstkindphase mehr als das jetzige Drittel für ihre Kinder engagieren. Denn bei 25 bis 27 Prozent Einkommensunterschied bei den Partnern ist es in einer Familie quasi ausgeschlossen, dass die Mütter ihr Einkommen durch Mehrarbeit entsprechend erhöhen, weil sie nicht nur die Stunden des Mannes übernehmen, sondern 25 Prozent mehr Arbeitszeit investieren müssen, um das ökonomische Niveau der Familie zu halten.

Alle Länder einschließlich Schweden weisen eine geringere Arbeitszeit der Frauen und Mütter gegenüber den Männern auf, und die Arbeitszeit der Mütter mit Kleinkindern ist in Deutschland nicht geringer als in den nordeuropäischen Ländern. Damit ist der Ansatz, sich nur auf diese Lebensphase zu konzentrieren, letztlich eine Politik für Eliten. Denn natürlich gibt es in Deutschland in wissenschaftlichen Forschungsinstituten, in großen Verwaltungen oder Ministerien Mitarbeiterinnen, die in etwa das Gleiche verdienen wie ihre Männer und daher bei der gemeinsamen Re-

duktion der Arbeitszeit immer noch gut dastehen. Für die Mehrheit der Familien gilt das aber nicht; im vorhergehenden Abschnitt wurde schon der Wunsch der jungen Frauen mit Kindern genannt, die sehr wenig arbeiten und das gerne erhöhen würden. Auch die Erhöhung der weiblichen Aufsichtsratsmandate wird diese Situation nicht ändern, weil die Länder, die hier höhere Quoten haben, die gleiche Einkommensbenachteiligung der Mütter haben wie Deutschland. Eine Familienpolitik, die sich nicht nur an wichtige und ausgewählte Berufsgruppen wendet, sondern die Mehrheit der Bevölkerung in den Blick nimmt, muss sich in ihrer Zeitpolitik vor allem mit den Berufen auseinandersetzen, in denen die Mehrheit der jungen Frauen arbeiten.

5.3 Infrastruktur und das Recht auf einen Betreuungsplatz

Anders als andere europäische Länder hat Deutschland den Eltern die Entscheidung überlassen, ob ihre Kinder vor dem sechsten Lebensjahr die Krippe oder den Kindergarten besuchen. Um aber sicherzustellen, dass alle Kinder auch den Kindergarten und die Krippe besuchen können, wurde das Konzept des individuellen Rechtsanspruches auf einen Platz entwickelt. In Bezug auf den Kindergarten kann man heute nur sagen, dass der freiwillige Besuch des Kindergartens flächendeckend von den Eltern genutzt wird. Aus Sicht der Eltern muss das Angebot, trotz aller Mängel, die jede Institution haben kann, in seiner regionalen und kommunalen Vielfalt und der Vielfalt unterschiedlicher Träger bei gleichzeitiger staatlicher Kontrolle eine Qualität aufweisen, die zu einer so hohen Akzeptanz geführt haben. In den 1970er Jahren besuchte lediglich ein Viertel der Kinder den Kindergarten, der den Ruf hatte, nur etwas „für arme Kinder“ zu sein (Zweiter Familienbericht 1975). Bei einem qualitativ guten Ausbau der Krippe ist davon auszugehen, dass die Akzeptanz der Eltern auch bei den unter dreijährigen Kindern ähnlich hoch sein wird. Denn die Eltern sehen diese Einrichtung nicht als Konkurrenz, sondern als eine sinnvolle und hilfreiche Erweiterung der kindlichen Lebensumwelt mit vielfältigen neuen Erfahrungen und Lernmöglichkeiten. Nicht prognostizieren lässt sich, ob die Eltern, vor allem in Westdeutschland, ihre Kinder ähnlich wie in Finnland erst ab dem zweiten Lebensjahr in die Krippe geben, mit einer Quote von etwa 40 Prozent in den ersten drei Lebensjahren, oder aber ob es mehr Richtung in Dänemark mit einer Quote von etwa 60 Prozent geht. Die Einrichtungen werden auch dann von den Eltern akzeptiert, wenn sie dadurch, anders als öffentlich wahrgenommen, nicht zeitlich entlastet

werden. Auch das ist ein internationaler Trend, weil in den meisten Ländern auch die Anforderungen an die kindliche Entwicklung deutlich gestiegen sind.

Nach den Zeitanalysen geht die hohe Zeitbelastung mit dem zunehmenden Alter der Kinder deutlich zurück, in Schweden ebenso wie in Finnland und in Deutschland. Für die Zweiverdiener-Familie ist jenseits des Alters von etwa 40 Jahren davon auszugehen, dass die zeitliche Belastung für die Kinder pro Woche auf unter 30 Stunden sinkt und gleichzeitig das Engagement der Väter tendenziell eher steigt mit der Konsequenz, dass in dieser Altersgruppe und auch später eine wesentlich größere Gleichheit in Haushaltsführung und Betreuung der Kinder vorliegt als mit den kleinen und kleinsten Kindern. Erstaunlicherweise weicht Deutschland aber gerade in der Altersgruppe der 6- bis 14-jährigen Kinder von allen europäischen Ländern ab, weil mit der Schulpflicht fast alle Länder inzwischen die Vormittagsschule durch die Ganztagschule ersetzt haben.

Hier müssen keine besonderen pädagogischen Gründe für die Vormittagsschule diskutiert werden, wenn gleichzeitig unter einer pädagogischen Perspektive Kinder unter sechs Jahren 6 bis 8 Stunden in Kinderkrippe oder Kindergarten betreut und erzogen werden können. Allerdings sind Eltern in ihrer Beurteilung der Ganztagschulen ambivalent (Bettke in Bertram 2017), nicht weil sie die pädagogische Betreuung ihrer Kinder am Nachmittag ablehnen, sondern damit ihre Kinder auch freie Zeit zur eigenen Verfügung und zum Spielen haben.

Auch bei Berücksichtigung solcher Einschätzungen stellt sich die Frage, warum Deutschland den Weg, den es mit dem Rechtsanspruch auf den Kindergarten- und Krippenplatz entwickelt hat, nicht konsequent weitergeht und die Kinder zwischen dem 6. und 12. oder 14. Lebensjahr mit einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ausstattet. Dann könnten wiederum die Eltern aus ihrer Sicht entscheiden, ob das für das einzelne Kind sinnvoll und hilfreich ist oder nicht. Ein solcher Rechtsanspruch stärkt die Elternrechte.

Gleichzeitig reagieren damit die Kommunen, das Land und der Staat auf die geänderten Lebensverhältnisse von Kindern vor allem in den großen Ballungsräumen. Kindheit bedeutet in der Moderne eine institutionelle Kindheit (Zinnecker 1992, 2001): Kinder können sich nicht mehr ohne Weiteres wie Kästners „Emil und die Detektive“ frei in einer Kommune

bewegen. Wegen der Gefahren des Straßenverkehrs und infolge der geringeren Kinderzahl braucht es „Orte für Kinder“, um andere Kinder zu treffen. Inzwischen gibt es unglaublich viele unterschiedliche Angebote, was den Eltern ein hohes Maß an logistischer Leistung abverlangt, um die Kinder zu den verschiedenen Orten zu bringen. Diese „Verinselung der Kindheit“ (Zeiher/Zeiher 1994) meint, wie Kinder von Insel zu Insel gebracht werden, für ganz verschiedene Aktivitäten mit unterschiedlichen Kindern.

Ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in dieser Altersgruppe schaffte den Kommunen und den Ländern die Möglichkeit, wie das einzelne Bundesländer auch schon begonnen haben, diese Inseln an Orten zu bündeln, etwa der Schule, so dass die Kinder selbst bei unterschiedlichen Aktivitäten am Nachmittag an einem Ort bleiben können. Möglicherweise setzen sich aber auch andere Konzepte der Gestaltung des Nachmittags durch, etwa Ganztagschulen. Ein Rechtsanspruch würde sicherstellen, dass die Kommunen und die Länder nachfrageorientiert reagieren müssen und gleichzeitig die Möglichkeit haben, die bestehenden Angebote der Vereine, der Kirchen, aber auch der Kommunen und des Staates einzubringen.

Wenn die Entwicklung ähnlich verläuft wie beim Kindergarten und jetzt bei der Krippe, dürfte das für alle Beteiligten ein Erfolg werden, weil die Akzeptanz durch Eltern und Kinder auch für die dort Tätigen und diejenigen, die die Angebote entwickeln, einen Ansporn darstellt, noch besser zu werden. Mit diesem Konzept betont Deutschland zum einen sehr stark die Elternrechte und zeigt auf der anderen Seite, dass qualitativ gute Angebote dann auch intensiv genutzt werden. Ein solches Modell hätte den unbestreitbaren Vorteil, das zivilgesellschaftliche Engagement, das in den letzten Jahren für die Integration von Kindern und Jugendlichen aus anderen Ländern zu einem unverzichtbaren Element für die Entwicklung dieser Kinder geworden ist, weiter einzusetzen.

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

- Ahnert, L. (2014). *Frühe Bindung: Entstehung und Entwicklung*, München.
- Archer, E. et al. (2013). 45-Year Trends in Women's Use of Time and Household Management Energy Expenditure, *PLoS ONE*, 8 (2), e56620. doi: 10.1371/journal.pone.0056620.
- Barnes, S.H. & Kaase, M. (eds.) (1979). *Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills.
- Beblo, M. (2001). Die Freizeitlücke zwischen erwerbstätigen Müttern und Vätern - Ein ökonomischer Erklärungsversuch mit Daten der deutschen Zeitbudgeterhebung 1991/92, in: Ehling, M., Merz, J. u.a. (Hrsg.). *Zeitbudget in Deutschland - Erfahrungsberichte der Wissenschaft*, Spektrum Bundesstatistik, Bd. 17, Stuttgart, 103-116.
- Beck, U. & Beck-Gernsheim, E. (1993). Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. *Zeitschrift für Soziologie*, 3, 178-187.
- Becker, G. S., E.M. Landes & R.T. Michael (1977). An Economic Analysis of Marital Instability, *Journal of Political Economy* 85: 1141-1187.
- Bertram, H. (1991). *Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familialer Lebensformen*. DJI-Familiensurvey 1, Opladen.
- Bertram, H. (Hrsg.) (1993): *Die Familie in den neuen Bundesländern*. DJI-Familiensurvey 2, Opladen.
- Bertram, H. (2017). *Kinder der Krise*. Robert Bosch Stiftung, Stuttgart, i. Vorb.
- Bertram, H. & Bayer, H. (1984). *Berufsorientierung erwerbstätiger Mütter. Zum Struktur- und Einstellungswandel mütterlicher Berufstätigkeit*. DJI Forschungsbericht. München.
- Bertram, H. & Deuflhard, C. (2014). *Die überforderte Generation: Arbeit und Familie in der Wissensgesellschaft*. Opladen.
- Bertram, H., Krüger, H. et al. (2006). *Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Hrsg.v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

- *Bianchi, S.M. (2011). Family Change and Time Allocation in American Families. The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 638 (1), 21–44. <https://doi.org/10.1177/0002716211413731>*
- *Bianchi, S.M., Lesnard, L., Nazio, T. & Raley, S. (2014). Gender and Time Allocation of Cohabiting and Married Women and Men in France, Italy, and the United States. Demographic Research, 31 (1) 183–216. <https://doi.org/10.4054/DemRes.2014.31.8>*
- *Boll, C. (2009): Einkommenseffekte von Erwerbsunterbrechungen - mit besonderer Berücksichtigung möglicher Elterngeldeinflüsse auf das Unterbrechungsmuster. HWWI Policy Paper, 1-21, Hamburg, November, 1862-4960.*
- *Boll, C., Leppin, J. & Reich, N. (2011). Einfluss der Elternzeit von Vätern auf die familiäre Arbeitsteilung im internationalen Vergleich.*
- *Bonin, H., M. Clauss, I. Gerlach, I. Laß, A. L. Mancini, M.-A. Nehr-korn-Ludwig, V. Niepel, R. Schnabel, H. Stichnoth & K. Sutter (2013). Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland, Forschungsbericht von ZEW und FFP, Mannheim.*
- *Bonin, V. H., Fichtl, A., Rainer, H., Spieß, C.K. & Stichnoth, H. (2013). Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen, (40) 3–14.*
- *Borchert, J. & Reimann, A. (2004). Die Umsetzung des Pflegeurteils. Arbeitspapier/Dokumentation, hrsg.v. Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 133/2004, Sankt Augustin.*
- *Bundesamt, Statistisches (2015). Zeitverwendungserhebung. Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen. Vol. 49. Wiesbaden.*
- *Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (1975). Zweiter Familienbericht. Familie und Sozialisation. Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation. Bonn.*
- *Cherlin, A.J. (2016). A Happy Ending to a Half-Century of Family Change? Population and Development Review, 42 (1) 121–129. <https://doi.org/10.1111/j.1728-4457.2016.00111.x>*

- Daly, M., Knijn, T., Martin, C. & Ostner, I. (2012). *Parenting Support in Four European Countries. Elements for a comparison. Accepted working paper to the 10th Espanet Conference, Edinburgh.*
- Donzelot, J. (1968). *Die Ordnung der Familie, Frankfurt/M.*
- England, P. (2010). *The Gender Revolution: Uneven and Stalled, Gender & Society 24: 149-166.*
- Esping-Andersen, G. (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press. 12.*
- Esping-Andersen, G. (1999). *Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford.*
- Esping-Andersen, G. (2009), *Incomplete Revolution: Adapting Welfare States to Women's New Roles, Cambridge.*
- Esping-Andersen, G. & Billari, F. C. (2015). *Re-Theorizing Family Demographics. Population and Development Review, 41 (1) 1-31. <https://doi.org/10.1111/j.1728-4457.2015.00024.x>*
- European Commission (2014). *Single Parents and Employment in Europe. <https://doi.org/10.2838/54302>*
- Eurostat (2004). *How Europeans Spend Their Time. Everyday Life of Women and Men. Data 1998-2002. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.*
- Farley, R. (1996). *The New American Reality. Who We Are, How We Got Here, Where We Are Going, New York.*
- Friedeburg, L.v. (1965). *Jugend in der modernen Gesellschaft. Köln.*
- Goldscheider, F., Bernhardt, E. & Lappegård, T. (2015). *The Gender Revolution: A Framework for Understanding Changing Family and Demographic Behavior. Population and Development Review, 41 (2), 207-239. <https://doi.org/10.1111/j.1728-4457.2015.00045.x>*
- Goodin, R.E. (2011). *Who's Really Time Poor? Australian Institute of Family Studies Conference 2010. Australian Institute of Family Studies, Melbourne, 9-12.*
- Goodin, R.E.; Rice, J.M.; Parpo, A. & Eriksson, L. (2008). *Discretionary Time: A New Measure of Freedom. Cambridge, U.K.*

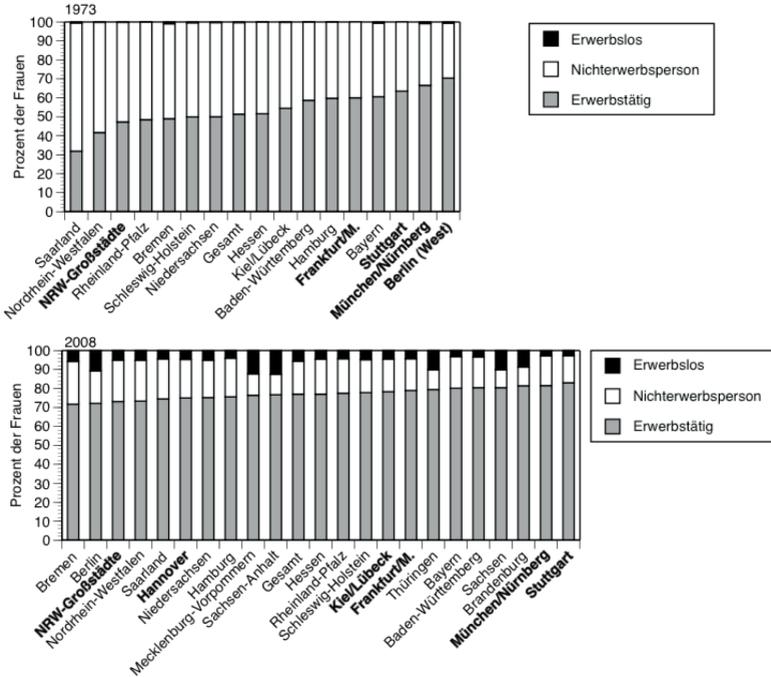
- *Habermas, J. (1988). Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung (Theorie des kommunikativen Handelns Bd. 2), Frankfurt/M.*
- *HETUS, Harmonised European Time Use Survey (2017). Statistics Sweden. Population and Welfare Statistics. Demographic Analysis and Gender Equality. Stockholm.*
- *Hochschild, A.R. (1995). The Culture of Politics: Traditional, Postmodern, Cold-Modern, and Warm-Modern Ideals of Care, Social Politics, 2 (3), 331-46.*
- *Inglehart, R. (1977). The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton University Press.*
- *Knijn, T., & Kremer, M. (1997). Gender and the Caring Dimension of Welfare States: Toward Inclusive Citizenship. Social Politics, 4 (3) 328–361. <https://doi.org/10.1093/oxfordjournals.sp.a034270>*
- *Kohn, M.L. (1969). Class and Conformity. A Study in Values. University of Chicago Press.*
- *Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005). Grünbuch: Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen. unter: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0094de01.pdf*
- *Mitterauer, M. (2003). Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs, München.*
- *Möhring, K. (2014). Der Einfluss von Kindererziehungszeiten und Mütterrenten auf das Alterseinkommen von Müttern in Europa, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 83, 02.2014, 139–155.*
- *Müller, K.-U., C.K. Spieß, C. Tsiasioti, K. Wrohlich, E. Bügelmayer, L. Haywood, F. Peter, M. Ringmann & S. Witzke (2013): Evaluationsmodul Förderung und Wohlergehen von Kindern. DIW Berlin, Politikberatung kompakt Nr. 73.*
- *Myrdal, A. & Klein, V. (1956). Women's Two Roles: Home and Work. London. dt. Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf. Köln 1971.*
- *Schneewind, K. A. & Herrmann, T. (Hrsg.) (1980). Erziehungsstilforschung. Theorien, Methoden und Anwendung der Psychologie elterlichen Erziehungsverhaltens, Bern: Huber*

- Slaughter, A.-M. (2012). *Why Women Still Can't Have It*. *The Atlantic*, 1–23.
- Slaughter, A.-M. (2015). *A Toxic Work World*. *New York Times*, 1–6.
- Stock, G., Bertram, H., Fürnkranz-Prskawetz, A., Holzgreve, W., Kohli, M. & Staudinger, U.M. (2012). *Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Frankfurt/M.
- Zagheni, E., Zannella, M., Movsesyan, G. & Wagner, B. (2015). *A Comparative Analysis of European Time Transfers between Generations and Genders*. *SpringerBriefs in Population Studies*. Heidelberg/Berlin/New York.
- Zeiher, H. & Zeiher, H. (1994). *Orte und Zeiten der Kinder. Soziales Leben im Alltag von Großstadtkindern*, Weinheim.
- Zinnecker, J. (1992). *Jugend '92. Shell Jugendstudie*, Wiesbaden.
- Zinnecker, J. (2001). *Stadtkids: Kinderleben zwischen Straße und Schule*, Weinheim.

ANHANG

Abbildung 7: Frauen (25 bis 49 Jahre) nach Erwerbstätigkeit und Region in Deutschland, 1973 und 2008

25- bis 49-jährige Frauen nach Erwerbstätigkeit und Region 1973 und 2008



Quelle: Scientific Use Files 1973 und 2008, eigene Auswertung und Darstellung.

DER AUTOR

Prof. Dr. Hans Bertram, Professor a.D. Humboldt-Universität zu Berlin

ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Christine Henry-Huthmacher
Kordinatorin Familien- und Bildungspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausalle 12
53757 Sankt Augustin
Tel.: +49 (0)2241 246-2293
E-Mail: christine.henry-huthmacher@kas.de*



Konrad
Adenauer
Stiftung

www.kas.de